

Die Baugewerkschaft

Organ
des Zentral-Verbandes
christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag.
Abonnementspreis pro Quartal 2,— Mk. (ohne
Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband 2,40 Mk.
Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.
Schluß der Redaktion: Montag, morgens 8 Uhr.
Schriftleitung: Berlin O, Rüdersdorfer Straße 60.

Herausgegeben vom Vorstandsvorstand.

Geschäftsstelle: Berlin O, Rüdersdorfer Straße 60.
Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4337.
Postcheck-Konto der Hauptkassa 9367 Berlin.

Haupt-Insertaten-Geschäftsstelle: Berlin O 17,
Rüdersdorfer Straße 60. Tel.: Amt Königstadt 4337.
Insertaten-Geschäftsstelle für Süddeutschland:
Annoncen-Expedition Germania, München, Hofstatt 6.
Anzeigenpreis: Insertate 60 Pl., Reklame 1,80 Mk.
Schluß der Anzeigenannahme 10 Tage vor Erscheinen
jeder Nummer.

Nummer 26.

Berlin, den 29. Juni 1913.

14. Jahrgang.

Der Tarifabschluß 1913.

II.

Die wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Tarifverneuerung in 1913 zeigten ein eigenartiges Gepräge. Wenn auch heute über den Geschäftsgang der Industrie berichtet wird, daß er ein rückläufiger sei, so war doch zu Ende des vorigen und im Anfang dieses Jahres die Industrie hochgradig beschäftigt. Das Baugewerbe dagegen befindet sich seit einigen Jahren in schwieriger Position, die in der Hauptsache in der schwierigen Kreditbeschaffung und dem hohen Zinssatz liegt. Gewiß ist richtig, daß im Hinblick auf die Tarifverneuerung sowohl die Arbeitgeber wie auch das bauende Publikum mit den Bauaufträgen zurückhielten, aber das kann im allgemeinen nicht von überwiegender Bedeutung sein. Das zeigt sich ja auch jetzt nach dem Tarifabschluß, indem von einer wesentlichen Besserung auf dem Baumarkte keine Rede sein kann. Wir wollen jedoch in eine Würdigung dieser Fragen nicht eintreten, sondern nur die Tatsache an sich konstatieren als ein Faktor von ungünstiger Wirkung auf die Bewegung, soweit die Arbeiterinteressen in Betracht kommen. Nach der Arbeitgeberseite mußte die Wirkung in umgekehrtem Sinne liegen.

Als ein weiterer ungünstiger Umstand kam die politische Unsicherheit als Folge des Balkankrieges in Betracht. Drohende Kriegsgefahr ist Gift für das gewerbliche Leben. Die Unternehmungslust wird herabgemindert, das Kapital dem Wirtschaftsleben entzogen, die Absatzgebiete vermindern sich. Die Kriegsgefahr steigerte sich mehrere Male bis zum Höhepunkt einer Krise, die ein starkes Sinken der Kurse auf den Börsen veranlaßte. Selbstverständlich blieb diese Unsicherheit nicht ohne Einfluß auf die Verhandlungen, insbesondere jühten sich die Arbeitervertreter davon bedrückt. Ein Kriegsausbruch während der Verhandlungen hätte alles über den Haufen geworfen, ein schneller Abschluß aber vorher mußte das Resultat ungünstig beeinflussen. Eine Klärung der politischen Lage konnte daher nur die Position der Arbeiter günstiger gestalten. Hier zu entscheiden, wo das Richtige liegt, ist mitunter sehr schwer. Kein menschlich gesprochen, kann es den Verhandlungsleitern nur angenehm sein, wenn die Verhandlungen in kürzester Frist erledigt sind. Aber nicht das hat zu entscheiden, sondern was nach gewissenhafter Prüfung den Interessen der Mitglieder am meisten entspricht. Es darf aber auch die Grundsätzlichkeit der Verhandlungen nicht beeinträchtigt werden. Eine Tarifverneuerung im jetzigen Umfange dürfte immer die Zeit erfordern, wie sie jetzt notwendig war.

Es muß somit konstatiert werden, daß die Position der Arbeiter, soweit die Lage des Baugewerbes und die politischen Verhältnisse in Betracht kamen, keine günstige war, zuminderten erheblich ungünstiger als in 1910. Die Organisationsverhältnisse der Arbeiter allerdings hatten sich gegen damals bedeutend verbessert. Neben der Steigerung der Mitgliederzahlen haben die Klassen der baugewerblichen Arbeiterverbände eine starke Vermehrung ihrer finanziellen Bestände aufzuweisen. B. D. hatte der christliche Bauarbeiterverband am 1. Januar 1910 ein Gesamtvermögen von 625 000 Mk., dagegen am 1. Januar 1913 ein solches von 1 200 000 Mk. Der klarste Beweis für die vollständig misslungene Absicht des Arbeitgeberbundes mit seiner Aussperrung in 1910,

Andererseits aber hat auch der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe die Zeit der letzten Tarifperiode nicht ungenützt vorübergehen lassen. Er hat seinen organisatorischen Ausbau eifrig gefördert, und wir sind der Ueberzeugung, daß auch er seine Macht wesentlich gesteigert hat. Wenn auch seine Mitgliederzahl einen Rückgang aufweist, so scheint jedoch der organisatorische Gedanke bei den verschiedenen Mitgliedern tiefer gedrungen zu sein. Und von der heutigen Leitung des Arbeitgeberbundes ist zu sagen, daß sie ihrer Aufgabe gewachsen ist, daß sie insbesondere taktische Umstände geschickt zu ihrem Vorteil zu verwerten versteht.

Ob der vorgezeichnete Kriegsschlag des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe die Million erreicht hat, ist bis jetzt nicht bekannt geworden. Er hat zahlreiche Vereinbarungen mit den Materiallieferanten getroffen, Kartellverträge mit in- und ausländischen Arbeitgeberverbänden abgeschlossen, die Durchführung der Streiklausel eifrig gefördert usw. Dem neugegründeten Reichsbund baugewerblicher Arbeitgeberverbände, der alle mit dem Baugewerbe in Verbindung stehenden Arbeitgeberorganisationen umfaßt, ist als Ziel gesetzt, gemeinsamer Ablaufstermin der Tarifverträge in den dem Reichsbund angehörenden Gewerben, und Ansammlung genügender Geldmittel.

Wenn nun trotz der für den Arbeitgeberbund wesentlich günstiger liegenden Umstände, wie in 1910, er eine im ganzen genommen entgegenkommende Haltung anwies, so dürfte nach den Gründen hierfür geforscht werden. Um so mehr, da durch eine weitere dreijährige Friedenszeit die baugewerblichen Arbeiterverbände ihre Macht wesentlich zu steigern in der Lage sind. Zunächst müssen wir da noch einmal auf die Aussperrung in 1910 zurückgreifen. Sie hat den Arbeitgebern gezeigt, daß Kämpfe, denen so unsoziale Motive zugrunde liegen wie bei dem damaligen, ein sehr zweischneidiges Schwert bilden. Sicher ist damit mindestens einem Teil von ihnen die Ueberzeugung beigebracht worden, daß nur ein den sozialen Anschauungen unserer Zeit und den wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung tragendes Tarifverhältnis denkbar ist. Damit ist der Tarifgedanke an sich auch in Arbeitgeberkreisen tiefer gedrungen, außerdem läßt das starke Drängen nach dem Abschluß von Verträgen und ihre weitere Ausdehnung klar erkennen, daß die Arbeitgeber ebenfalls einsehen, daß auch ihr Vorteil unter geordneten Verhältnissen am besten gewahrt ist. Das sind sachliche Motive, womit allerdings auch die eine oder andere egoistische Nebenabsicht verbunden sein kann.

Sicher aber haben auch andere Momente mitgewirkt, und wir wollen dahingestellt sein lassen, welche die stärkeren waren. Eine ungünstige Geschäftslage berührt ja auch die Arbeitgeber. Kommen nun noch die Opfer eines Kampfes hinzu, kann das für manchen den Ruin bedeuten, um so mehr, wenn die Kreditverhältnisse so schwierig wie zurzeit liegen. Eine politisch unsichere Zeit kann aber auch keine Erschütterungen, wie sie ein Riesenkampf im Baugewerbe hervorruft, ertragen. Die allgemeinen wirtschaftlichen Verluste würden dadurch ins ungeheure vermehrt, abgesehen von der ungünstigen Wirkung, die ein von großen wirtschaftlichen Kämpfen heimgejudetes Land in solch ersten politischen Zeiten auf das Ausland machen muß.

Ganz gewiß aber hat die Aussperrung in 1910 im Arbeitgeberlager eine größere Kampfesmüdigkeit hinterlassen. So opferreiche Kämpfe lassen sich nicht alle drei Jahre führen. Nehmen sie zudem einen Verlauf wie damals, so kann dies, falls sich das wieder-

holt, und diese Gefahr ist doch vorhanden, den Bestand einer Organisation erschüttern. Um so mehr noch, wenn der unterlegene Teil der Angreifer war. Da gehen moralische Werte, das Vertrauen in die Organisation verloren. Das scheint auch der Arbeitgeberbund instinktiv empfunden zu haben, denn er hat sich eifrig bemüht, als nichtangreifender Teil zu erscheinen und den Arbeiterorganisationen die Hölle zuzuschicken. Ganz natürlich mußte damit seine taktische Position sich bei seinen Mitgliedern härten, die, wenn sie sich in der Abwehr glaubten, eine ganz andere Energie entwickelt hätten, als wenn sie zu einem ähnlichen Angriff wie in 1910 aufgefordert worden wären. Wenn nun auch die Haltung der Gegenseite von ähnlichen Motiven getragen wird, muß dies einem gegenseitigen Kompromiß die Wege ebnen.

Man kann aber auch die Anschauung gewinnen, daß der Arbeitgeberbund sich noch nicht so weit glaubt, um eine entscheidende Auseinandersetzung mit den Arbeiterorganisationen im Baugewerbe zu wagen. Jedenfalls kann man nach dem Geschäftsbericht des Arbeitgeberbundes für das vergangene Jahr zu dieser Meinung kommen. Seine umfassenden Klärungsbestrebungen lassen erkennen, daß er einem bestimmten Ziele zustrebt. Seine Kalkulation geht unseres Erachtens dahin, auch mit der größeren finanziellen Macht der Gewerkschaften fertig zu werden, falls es ihm gelingt, zunächst das Baugewerbe restlos zum Stillstand zu bringen, und kann die übrigen Berufs- wie Holzarbeiter, Maler usw., mit in den Kampf hineinzuziehen. Wir begegnen da den alten Lieblingsplänen, die Plattform der Wirtschaftskämpfe immer noch mehr zu verbreitern, weil man immer noch glaubt, damit den Arbeiterorganisationen am ehesten bezuwinden. Hierauf frühzeitig mit allem Nachdruck hinzuweisen, halten wir für unsere Pflicht. Gewiß gibt es auch unter den Arbeitgeberführern Personen, die eheliche Freunde eines sozialen Ausgleichs sind, und die bei der diesmaligen Tarifverneuerung ihre ganze Kraft für die Erhaltung des Friedens eingesetzt haben. In kritischen Zeiten jedoch, wenn einmal Kampfesstimmung besteht, wird auf die zum Frieden Mahnenden nur ungern gehört, und sie bleiben sehr leicht in der Minderheit. Sich für alle Eventualitäten bereithalten, ist darum der Weisheit höchstes Gut.

Wir glauben, damit im wesentlichen die Gründe für die taktische Haltung des Arbeitgeberbundes gekennzeichnet zu haben, ebenso daß die Konjunktur und die politische Situation als Vorbedingung für einen günstigen Tarifabschluß für die Arbeiter recht unsicher gelagert waren. Wir halten diese Feststellungen für notwendig, weil sie für die Beurteilung des Ergebnisses der Tarifverneuerung von größter Bedeutung sind.

Die internationale Baufach-Ausstellung in Leipzig.

II.

Das Ausstellungsgelände umfaßt 400 000 Quadratmeter. Der Entwurf des Ausstellungsplanes stammt von den Leipziger Architekten Weidenbach und Schammer. Die Hauptausstellungsbauten gruppieren sich um die Straße des 18. Oktober und die sie kreuzende Lindenallee. Sämtliche Straßen sind mit gärtnerischen Anlagen umgrenzt, die Lindenallee, wie ja schon ihr Name sagt, mit immergrünen stattlichen Säulen. Vor einem Jahr war das

ganze Terrain noch vollständig kahl, heute liegen die Ausstellungsbauten in frischem Grün gebettet vor uns, was den äußeren Reiz der ganzen Anlage bedeutend erhöht. Die Ausführung der gärtnerischen Anlagen lag in den Händen der Hamburger Gartenbau-Firma Jakob Ochs, und wurde nach einheitlichen künstlerischen Gesichtspunkten durchgeführt.

Der größte Ausstellungsbau enthält die Räume für Baukunst, Raumkunst und Kunststoffe. Die zwei langen Flügel des Baues sind durch einen Mittelbau verbunden, der von einem kuppelartigen Turm, durch den das Hauptportal führt, gekrönt wird. Die Halle für Baukunst enthält eine große Fülle von Entwürfen und Modellen älterer und neuerer Bauwerke. Der Raum der Stadt Hildesheim zeigt uns eine Anzahl Modelle der wunderhübschen alchymischen Holzhäuser Hildesheims, wie das Knochenhaueramtshaus u. a. Soziale Anlagen, wie Krankenanstalten, Kinderheime usw. werden uns vorgeführt, auch die moderne Betriebsanlagen, Gaswerke, Fabriken u. dgl. architektonisch wirkungsvoll in ihre Umgebung eingegliedert werden können. Bekannte Firmen begegnen uns mit ihren Ausstellungsobjekten. Die Tiefbau-Firma Grün u. Wölger in Mannheim mit dem Modell einer Luftdruckgründung (Herstellung von Arbeiten im oder unter dem Wasser) und zahlreiche Abbildungen der von ihr ausgeführten Tunnel- und sonstigen Tiefbauarbeiten. Die Firma Klönne mit dem Modell einer für die Stadt Parma (Italien) erbauten Gasanstalt und einem in Gladbach erbauten Wasserturm. Im Pavillon des sächsischen Staates erblicken wir das Modell des ersten deutschen Tunnels bei Oberau an der Eisenbahnstrecke Leipzig-Dresden, der in den Jahren 1837 bis 1839 erbaut wurde.

Der Baukunst und der Architektur obliegt die Aufgabe, neben der praktischen und gefunden Anlage der Bauten ihnen durch künstlerische Durcharbeitung Schönheit zu verleihen. Das Streben unserer Tage geht darauf hinaus, das zu erstellende Bauwerk der landschaftlichen Szenerie, dem historischen Stadtbild, dem Dorfcharakter usw. wirkungsvoll anzupassen. Es ist wirklich zu bedauern, daß die Heimatschutzbestrebungen und der moderne Städtebaugedanke nicht zwanzig Jahre früher einsetzten. Manches schöne Baudenkmal wäre uns erhalten geblieben, und so manche Stadt- und Dorfanlage wäre nicht verunstaltet worden. Nur mit großen Opfern können heute die notwendigen Korrekturen vorgenommen werden. Die Ausstellung zeigt, welche hervorragenden Fortschritte die Kunst gemacht haben. Der moderne Städtebauer kommt heute nicht mehr bis die Bedürfnisse des Tages an ihn herantragen, sondern er zeigt der baulichen Entwicklung lange im voraus die Wege, die sie zu gehen hat. Er stellt bestimmte Anforderungen an den Stil,

an die Höhe, Größe und Charakter, sowie die zu verwendenden Materialien usw. bei den zu errichtenden Bauten. Kirchen, Schulen und sonstige notwendige öffentliche Bauten werden von vornherein berücksichtigt, was auf Grund der im voraus zu berechnenden Wohnbedürftigkeit möglich ist. Er greift auch früh in den operationsbedürftigen Leib einer Großstadt hinein, wenn Verkehr und andere Umstände das erfordern, wie dies an dem Modell der Stadt Dortmund mit dem Hausstraßendurchbruch deutlich gezeigt wird.

Wie sehr die künstlerischen Bestrebungen in der Durchbildung der Bauwerke Fortschritte gemacht haben, wird uns an einer großen Zahl Modelle, insbesondere in der Halle für die Architektur im 20. Jahrhundert gezeigt. Das ist nicht mehr der alte schäumende Jugendstil mit seinen mancherlei Geschmacklosigkeiten, sondern die kraftvolle Beherrschung der Linie und der Fläche. Mit möglichst einfachen Mitteln, der Linienführung, der Flächeneinteilung, der Berücksichtigung von Licht und Schatten und der Benutzung der Farbe, wird nach dem besten Effekt getrachtet. Die Ausstellungsbauten sind selbst ein Beweis dafür, wenn auch die griechische Säule noch eine große Verwendung gefunden hat.

Sehr interessant sind die Photographien von Städtebildern aus der Vogelperspektive vom Balkon aus aufgenommen. Da sieht man plötzlich in das Innere einer Stadt von oben hinein, was manchmal geradezu groteske Formen aufweist. Der Sächsische Heimatschutz bemüht sich mit seiner Ausstellung um die Erhaltung der heimatischen Bauweise und der heimatischen Denkmäler. Der Verbandbund (von „Verben“ abgeleitet) ist dagegen bestrebt, nachzuweisen, daß man auch mit den neuen Baumaterialien Schönes und Praktisches zu leisten imstande ist. Er will damit ein Gegengewicht gegen allzu konservativen Auffassungen der Heimatschutzbewegung bilden. Beides lobenswerte Bestrebungen.

Die Abteilung für Raumkunst zeigt das Bestreben nach künstlerischer Ausnutzung des Innenraumes einer Wohnung. Der deutsche Werkbund ist daran stark beteiligt. Für Arbeiter sind das freilich keine Einrichtungen, sie zeigen uns höchstens, auf welche Stufe der Leistungsfähigkeit unsere Innenarchitekten gelangt sind, und bilden die ausgestellten Einrichtungen ein ehrendes Zeugnis für ihre Hersteller. Und doch wäre es wünschenswert gewesen, auf der Ausstellung eine moderne Wohnungseinrichtung für Arbeiterfamilien herzurichten, ähnlich wie die vor einigen Jahren im Auftrage der Reichsdeutschen Arbeiterzeitung durch die Firma Stadler in Paderborn veranstaltete. Auch für die Arbeiterfamilien empfiehlt sich ein praktischer und doch künst-

lerischer Wegweiser für die innere Einrichtung ihrer Wohnung. Viele Geschmacklosigkeiten und wertloser Kitsch bliebe ihnen dann fern und Wirtinnen die Arbeiterwohnungen damit nur an Wohlbehagen gewinnen. Die Ausstellung hätte sich ein großes Verdienst erworben, wenn sie eine derartige Mustereinrichtung geschaffen hätte. Mit einfachen Mitteln lassen sich auch hier große Effekte erzielen, es bedarf nur der Anleitung hierzu.

Welche anheimelnde Wirkung man einer Wohnung geben kann, woran Auge und Herz sich erfreut, beweisen die Ausstellungszimmer der vereinigten Tapetenfabriken. Wirklich Schönes ist dabei. Ihre Konkurrenten, die Stoffbelegungen an Stelle der Papiertapeten setzen, sind stark hinter ihnen her. Natürlich ist auch die Teppichindustrie stark vertreten.

Ehe das Bauwerk entsteht, sind manchmal recht große Schwierigkeiten zu überwinden. Schlechter Boden, Sumpf oder Wasser ist vorhanden, und muß der Ingenieur erfinden, auf welche Art er am zweckmäßigsten der Schwierigkeiten Herr wird. Die modernsten Rüstmittel kann man hier sehen, mit denen er die Vorarbeiten durchführt. Meßinstrumente für alle möglichen Feststellungen, wie man erfolgreich gegen das Grundwasser ankämpft, und wie mit Hilfe der neuen Betonpfeile dem zu errichtenden Bauwerk ein festes Fundament gegeben wird. In unserer Zeit mit den modernen Verkehrsrichtungen, den Untergrundbahnen, den unterirdischen Tunneln und Brückenbauten hat dieser Unternehmungsbranche ganz besonders an Bedeutung gewonnen. Ganz ungeheure Schwierigkeiten müssen da überwunden werden. Natürlich sind auch die Arbeiter bei diesen Arbeiten besonders gefährdet und sind letztere recht beschwerlich. Wir erinnern nur an das Arbeiten in den mit Preßluft gefüllten Räumen, den sogenannten Caissons.

Auch die Kanalisierung der Städte, die Versorgung mit Wasser und Licht macht die Überwindung mancher Schwierigkeiten notwendig. Es ist recht bemerkenswert, den Querschnitt einer mit diesen Anlagen versehenen Straße zu studieren, die für die gesundheitlichen Verhältnisse von so eminenter Bedeutung sind. In der Mitte der Straße tief unten die Kanalisation mit ihren Kollischächten, rechts und links in größerer Höhe Gas und Wasserleitung und noch weiter oben die Kabel für elektrisches Licht und den Fernsprechverkehr. Ueberhaupt nimmt der Straßen- und Kanalisationsbau, die Reinigung der Straßen, die Müllbeseitigung, die Klärung der Abwässer einen erheblichen Raum der Ausstellung in Anspruch, und das ganz mit Recht. Reinlichkeit, Luft, Licht und Wasser sind wichtige Faktoren im neuzeitlichen Städteleben, und die Sterblichkeitsziffer ist überall erheblich

Wie das englische Volk sich selbst regiert.

Wenig wurde das Wesen des englischen Staates bei uns in einem verkehrten Lichte gesehen. Vor allem der englische Parlamentarismus wurde lange gründlich mißverstanden. Eine Orientierung scheint uns ja mehr anzugehen, als das deutsch-englische Verhältnis immer mehr in den Vordergrund des internationalen Interesses rückt. Die Folgen dabei einem unklaren Verständnis: „Die das englische Volk sich selbst regiert“ von Paul Helbed, Übersetzung der W. W. Berlin-Schönberg.

I. Das parlamentarische Regime.
Sommer regiert auch das englische Volk sich nicht selbst, wie mancher wie andere monarchische Staaten vor ihrem König und bei von diesem befehlten Regierung regiert. Tatsächlich aber regiert es sich doch selbst, weil der König zwar nicht durch gesetzliche Gesetz, aber durch ein im Laufe der Jahrhunderte gewachsenes Gewohnheitsrecht verpflichtet ist, seine Minister aus der jeweiligen Mehrheit des Unterhauses zu ernennen.

II. Das Parlament.
Das Parlament besteht aus zwei Häusern: Oberhaus und Unterhaus. Das Oberhaus hat heute noch ganz das Wesen einer mittelalterlichen Ständeversammlung. Nur hohe Aristokratie und hoher Adel sind in ihm vertreten. Seine legislative Rechte sind seit der bekannten Reformbill (Gesetz) vom Jahre 1911 nur noch geringfügig. In Fragestellungen ist es völlig ausgeschlossen, und bezüglich aller anderen Gegenstände ist es auf ein sehr beschränktes Recht beschränkt. Insofern kann es gegen sich kein Wort einlegen, nimmt aber das Unterhaus den Gegenstand zum kritischen Maß an, so wird er Gesetz, und gegen den Willen des Oberhauses. Es war begreiflich, daß das Oberhaus sich diese Reputation seiner Rechte nicht nur nicht hat nicht gefallen ließ. Mit Fug und Recht meinte es sich, aber es half nichts. Die Regierung kämpfte mit einem Verstand, d. h. mit Zustimmung so vieler neuer regierungstragender Oberhausmitglieder — der König kann beliebig viele Oberhausmitglieder ernennen — daß die bestehende Opposition fast vollständig erlosch. Heute ist also das Unterhaus der alleinige Gesetzgeber im englischen Parlament. Seit 1832 konnte das Unterhaus allerdings noch nicht als Selbstvertretung im modernen Sinne empfunden werden. Das Wahlrecht war auf eine ganz kleine Oberschicht beschränkt, und die Wahlen wurden

zudem noch von den oligarchischen Adelparteien der Tories und Whigs mit beispiellosem Terrorismus bei öffentlicher Stimmabgabe gemacht. Heute ist das Unterhauswahlrecht in weitem Maße demokratisiert, allein es ist bemerkenswert, daß es auch in seiner gegenwärtigen Form weniger demokratisch ist als das deutsche Reichstagswahlrecht. Denn es ist weder allgemein noch gleich. Vielleicht ist es gut, diesen Punkt etwas ausführlicher zu behandeln. In England besitzt jeder 21 Jahre alte männliche Staatsangehörige, der mindestens 12 Monate in seinem Wahlkreis anwesig war, das Unterhauswahlrecht unter folgenden Voraussetzungen:

- Daß er entweder
1. eine selbständige Wohnung, gleichviel welchen Mietwerts, gemietet hat, oder
 2. eine möblierte Wohnung bezieht, deren Mietwert mindestens 200 £ beträgt, oder
 3. eine Dienstwohnung bezieht, aber nicht mit seinem Arbeitgeber unter einem Dach wohnt, oder
 4. als Sohn im elterlichen Hause wohnt und ein verschließbares Zimmer zu seiner eigenen Verfügung hat.
- Auf dem Lande ist das Wahlrecht ein wenig weiter. Was bezeichnen diese Voraussetzungen des englischen Unterhauswahlrechts? — Daß ein großer Teil der ungelerten, nicht jehäufigen Arbeiterbevölkerung vom Wahlrecht ausgeschlossen ist!

Dem passiven Wahlrecht sind ausgeschlossen:

1. Die Mitglieder des Oberhauses.
2. Die Geistlichen der anglikanischen Staatskirche, der schottischen Staatskirche und der römisch-katholischen Kirche.
3. Ein paar hohe Staatsbeamte und Richter.
4. Personen, die staatliche Dienstungen übernehmen.

Somit sind alle 21 Jahre alten Engländer, die das aktive Wahlrecht haben, auch wählbar, also auch aktive Offiziere.

III. Die politischen Parteien.
Historisch sind die beiden großen Parteien der Konservativen und der Liberalen, die damals Tories und Whigs hießen. Allein wir dürfen uns den Gegensatz von Konservativ und liberal nicht ganz in unserem Sinne denken. Die englischen Konservativen heißen vielmehr ganz ebenso wie die Liberalen an den demokratischen Grundlagen des englischen Staatswesens fest. Der Unterschied liegt auf anderen Gebieten. Jenes bezeichnet ihn folgendermaßen:

1. Die konservative Partei hat sich in ihrer Mehrheit von Chamberlain propagierten Schatzvollgeboten des Freihandelsystems.
2. Der Konservative vertritt in der äußeren Politik eine sehr aggressive Richtung. Die Liberalen sind

weniger aggressiv, wenn auch Deutschland gegenüber von untergeordneter Politik wenig zu merken ist.

3. Der Konservative will in der sogenannten irischen Frage den gegenwärtigen Zustand weiter aufrecht erhalten, der Liberale dagegen dem irischen Wunsch nach Selbstverwaltung (Home Rule: eigenes Parlament, eigenes Ministerium usw.) entgegenkommen.

4. Die Konservativen sind in ihrer Mehrheit Anhänger des Staatskirchentums. Die Liberalen vertreten demgegenüber die Interessen der „Freikirchen“.

Neben den beiden großen Parteien gibt es im Unterhause noch zwei kleinere Parteien, die sich aber beide mit der liberalen Partei koalieren haben und mit dieser zusammen die gegenwärtig regierende Unterhausmehrheit bilden — die irische Partei und die Arbeiterpartei. Letztere ist aber mit der sogenannten Arbeiterpartei im deutschen Reichstag bei weitem nicht zu vergleichen. Sie ist, wie es dem Utopien abgeneigten Sinn der Engländer entspricht, sozialreformerisch und nicht so borniert radikal, wie die deutsche Sozialdemokratie. Gegenwärtig hat die Arbeiterpartei im Unterhause 42 Mitglieder. Die Mehrzahl der Arbeiter gehört immer noch der liberalen Partei an, ein großer Teil auch der Konservativen, die beide nicht die Fehler ihrer feindlichen Gegenüber machten. Die eigentliche Sozialdemokratie ist in England wie in Nordamerika nur verhältnismäßig schwach. Die Gesamtmitgliederzahl der „Britisch-Sozialistischen Partei“ beläuft sich auf nicht mehr als 40000. Innerhalb der Arbeiterpartei hat sie einen ganzen Eig. inne.

IV. Verwaltung.

Der Hauptunterschied der englischen Verwaltung von der deutschen ist die viel weiter gehende Selbstverwaltung der innerstaatlichen Verbände.

Wir machen zwei Abteilungen: die eigentliche Staatsverwaltung und die sog. innere Verwaltung.

Die erstere findet ihre Spitze im Ministerkabinett, das, wie wir gesehen haben, den Ausschluß der Unterhausmehrheit darstellt. Da nun aber, wie es in der Natur des parlamentarischen Regimes liegt, die Kabinette häufig wechseln, so besitzt der englische Verwaltungsorganismus, um eine gewisse Kontinuität der Verwaltung zu gewährleisten, die Einrichtung ständiger hoher Beamter (Unterstaatssekretäre o. ä.) in den Ministerien, die bei einem Wechsel des Kabinetts mit ihrem Chef nicht zurücktreten, sondern im Amte bleiben und so die ruhenden Pole bilden. Das Verhältnis der Kabinettsmitglieder zueinander ändert sich, so ist der Premierminister seinen Kollegen nicht übergeordnet, sondern gleichgeordnet. Jeder Minister leitet sein Ressort selbständig und ist dem Parlament dafür verantwortlich. Geplante Gesetzesvorlagen jedoch und sonstige Maßnahmen von größerer politischer

gesunken, wo ihnen Rechnung getragen wurde. Ferner wird das heutige Stedlungsweisen der Menschen in allen Formen geschildert, vom modernen Großstadtbewohner bis zur Tempe, das ist eine Regierwohnung aus Reisig und Lohm. Es wird auch zurückgegriffen in die Jahrtausende alte Vergangenheit. Ein ewiges Ringen der Menschen nach oben, dem der Abstieg auf dem Fusse folgte. Es muß genügen, wenn jeder nach seiner Erkenntnis und mit den vorhandenen Mitteln das Beste leistet. Unsere Zeit, mit ihren fast unerschöpflichen Hilfsmitteln hat's leichter darin. Sie sollen dem kulturellen Fortschritt der Menschen dienen, aber nicht nur einer bestimmten Schicht, sondern auch denen, die bisher in dumpfer Luft, in enge und finstere Räume eingepfercht waren. Ihnen die Sonne wieder zu geben, Licht in ihr Dasein zu bringen, muß die vornehmste Aufgabe unserer Bestrebungen sein.

Der Verband westdeutscher Konsumvereine im Jahre 1912.

Das Jahr 1912 war ein Jahr wirtschaftlicher Hochkonjunktur, zu gleicher Zeit aber auch ein Jahr anhaltender Teuerung der Lebensmittel. Die Preise der Lebensmittel scheinen in der Tat fortwährend eine steigende Kurve zu nehmen, und zwar so stark, daß die Lohn- und Gehaltserhöhungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten mit derselben nicht gleichen Schritt halten. Diese Tatsache läßt den Volkswirtschaftler sorgenvoll in die Zukunft blicken und die Frage aufwerfen, wie mag sich die Lebenshaltung der breiten Masse bei der naturnotwendig demnächst kommenden wirtschaftlichen Depression gestalten? Durchgreifende Mittel gegen die systematisch sich steigende Teuerung hat Staat und Gesellschaft nicht zur Anwendung bringen können. Hier und dort haben kommunale Maßnahmen dem Zuge der Preise nach oben Einhalt getan, aber das waren doch nur Maßnahmen, die nicht der Gesamtbevölkerung, sondern nur einem verhältnismäßig kleinen Teile zugute kamen. Darum ist und bleibt es wahr, will die Masse der Konsumenten sich vor ungerechten Preisausschlägen und Teuerungen schützen, so bleibt nichts anderes übrig, als mehr noch wie bisher den Weg der Konsumgenossenschaftlichen Selbsthilfe zu beschreiten.

Ohne zu übersehen, darf die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, die Lebensmittelpreise um 10, ja vielleicht noch um mehr Prozent niedriger gehalten zu haben, als sie stehen würden, wenn die Konsumvereine nicht da wären.

Ein Hinweis dürfte diese Behauptung auch dem Gegner gegenüber zur Evidenz beweisen. Die Rabatt-

sparvereine Deutschlands, die sich brüsten, 30 und mehr Millionen den Käufern als Rabatt vergütet zu haben, sind unbestritten eine Folge der Konsumvereinsbewegung. Überall wo ein Konsumverein entstand, folgte die Gründung eines Rabattsparvereins auf dem Fusse. Durch die Konkurrenz der Konsumvereine wurde also, erweist der Privathandel gezwungen, seine Preise wenigstens in etwa dem der Konsumvereine anzupassen, und zweitens kommt durch die Konkurrenz der Konsumvereine auch den Käufern der Rabatt der Rabattsparvereine zugute. Wenn also heute der Zwischenhandel mit 5 bis 10 Prozent weniger Gewinn sich zufriedengibt als wie früher, so ist dieses das Verdienst der Konsumvereine, denn ohne Konsumvereine würde der Privathandel sich nie dazu herbeigelassen haben, freiwillig auf diesen Mehrerwerb zu verzichten.

In der Feststellung dieser Tatsache kommt recht drastisch zum Ausdruck, daß der Konsumverein preisregulierend wirkt und auch die Nichtmitglieder, also alle Konsumenten, die Vorteile der Konsumgenossenschaftsbewegung genießen. Es dürfte überflüssig sein, darauf hinzuweisen, daß die Mitglieder der Bewegung größeren Nutzen daraus ziehen als die fernstehenden Konsumenten. Daß diese Erkenntnis auch immer in weitere Kreise bringt, beweist die im Jahre 1912 zu verzeichnende Steigerung der Mitgliederzahl und des Umsatzes der deutschen Konsumvereine.

Dem Verbands westdeutscher Konsumvereine gehörten am 1. Januar 1912 103 Vereine an. Im Laufe des Jahres traten 36 bei, macht insgesamt 139. Es schieden aus insgesamt 8 Vereine. 3 davon hatten die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Konsumgenossenschaftlichen noch nicht erfaßt, hauptsächlich kommen sie zur Einsicht, ehe es zu spät ist. 5 Vereine haben sich mit größeren Nachbarvereinen verschmolzen. Langsam, aber sicher bricht sich bei unseren Verbänden die Erkenntnis Bahn, daß nur große leistungsfähige Vereine in der Lage sind, die genossenschaftlichen Aufgaben reiflos zu erfüllen. Wo hier und da aus lokalen oder persönlichen Rücksichten dem Zuge der Zeit noch nicht Folge gegeben wird, da wird über kurz oder lang die Macht der Verhältnisse dazu zwingen. Die Zahl der den Verbänden angehörenden Mitglieder betrug am 1. Januar 1912 76.002 und am 31. Dezember 1912 97.006, also ein Mehr von 21.004, gleich 28,4 Prozent.

Der Umsatz im eigenen Geschäft betrug im Jahre 1911 23.299.966 M., dagegen im Jahre 1912 32.183.758,03 M. Der Mehrumsatz beträgt 8.883.792,03 Mark oder 37,8 Prozent. Der Umsatz im Lieferanten-geschäft stieg nur um 12,8 Prozent, eine Steigerung, die in den nächsten Jahren wohl noch mehr zurück-

gefallen nur als notwendiges Uebel betrachtet wird. Hoffentlich wird sich im Laufe der nächsten Zeit ein Weg finden, der den Vereinen ermöglicht, dasselbe ganz aufzugeben. Der Umsatz desselben betrug 1911 3.773.911 M. und im Jahre 1912 4.255.077,35 Mark, also mehr 182.166,35 M.

Der Gesamtumsatz betrug demnach 1911 27.103.877 Mark, dagegen 1912 36.439.835,38 M. Der Mehrumsatz erreicht also die respektable Höhe von 9.335.958,35 M., gleich 34,4 Prozent. Mit dieser Entwicklung darf unser Verband zufrieden sein. In dem Umfange ist wie im Vorjahre auch derjenige der Großeinkaufszentrale mit eingerechnet, weil diese ja auch als genossenschaftliches Unternehmen dem Verbands angehört.

Eigenproduktion betrieben 5 Vereine. 3 besitzen Bäckereien, 2 Molkereien, 2 Verbandsgenossenschaften und reine Produktgenossenschaften. 1 Verein betreibt Druckerei und 1 Genossenschaft Zigarettenfabrikation. Die Höhe des Umsatzes der Eigenproduktionsbetriebe beträgt 1.892.842,72 M. Dieser Betrag erscheint zum Gesamtumsatz noch recht bescheiden, doch dürfte sich im laufenden Jahre dieses Verhältnis wesentlich ändern, da in der Eigenproduktion erhebliche Fortschritte in unseren Verbänden gemacht werden. Die Zahl der beschäftigten Personen betrug 1397, davon 1005 weibliche und 392 männliche. Der Uebererschuß der Verbände erreichte die Höhe von 943.391 M. Davon wurden 678.780 M. auf den Einkauf den Mitgliedern zurückvergütet. Außerdem erhielten die Mitglieder den festgesetzten Rabatt in Höhe von 1.679.203,57 M. Die gesamte Rückvergütung betrug demnach 2.357.984 M.

Das Organ „Der Konsumverein“ wurde am 1. Januar 1913 in 33.271 Exemplaren bezogen, welche Zahl sich mittlerweile auf 42.336 erhöht hat. Die „Konsumgenossenschaftliche Praxis“, unser Hauptorgan, hat eine Auflage von 1460 am 31. Dezember 1912. Auch diese Zahl ist mittlerweile auf 1850 gestiegen.

Im Laufe des Berichtsjahres wurde die Großeinkaufszentrale westdeutscher Konsumvereine gegründet. Dieselbe nahm mit dem 1. Juli ihre Tätigkeit auf. Während der Monat Juli einen Umsatz von 309.826 M. verzeichnete, wurden im Dezember schon 679.836 M. erreicht. Der Gesamtumsatz in den 3 Monaten betrug 3.185.828 M., ein guter Anfang, der, wenn unsere Vereine ihrer eigenen Sache treu bleiben, zu den besten Hoffnungen in der Zukunft berechtigt.

Damit hätten wir kurz die Erfolge dargestellt, welche der Verband westdeutscher Konsumvereine ziffernmäßig im Jahre 1912 aufzuweisen hat. Er kann damit zufrieden sein. Wenn wir hinsichtlich auf alle die Schwierigkeiten, auf alle die Kämpfe der Gegner gegen die Konsumvereine, und wenn der

Tragweite müssen die Einzelminister dem Kabinettsrat vorlegen, dessen Entscheidung maßgebend ist. So mußte auch die große Steuerreformvorlage Lloyd Georges erst dem Kabinettsrat vorgelegt und von ihm akzeptiert werden, ehe sie an das Unterhaus gelangte. Von den einzelnen Ressorts interessiert besonders das Schatzamt, denn wie eine eingehendere Behandlung widmen.

In England gibt es folgende Steuern:

1. Die Einkommensteuer. Hierbei ist bemerkenswert, daß alle Einkommen unter 3200 M. von der Einkommensteuer befreit sind, während in Preußen beispielsweise nur die Einkommen unter 900 M. steuerfrei sind. Von 3200—10.000 M. wird das Einkommen mit 3,75 Prozent versteuert. Bei höheren Einkommen werden Staffelsätze erhoben.

2. Die Nachlasssteuer. Die englische Nachlasssteuer wird von dem beweglichen und unbeweglichen Vermögen eines jeden Verstorbenen erhoben. Nachgelassene Vermögen unter 2000 M. sind steuerfrei.

Vermögen von 2000—10.000 M. zahlen 1 Prozent. Vermögen von 10.000—20.000 M. zahlen 2 Prozent. Vermögen von 20.000—100.000 M. zahlen 3 Prozent. So geht's fort bis Vermögen von 20 Millionen und darüber mit 15 Prozent. Geht das nachgelassene Vermögen an Seitenverwandte über, so treten Zuschläge bis zu 10 Prozent in Kraft. Die Nachlasssteuer brachte im Budgetjahr 1910/1911 über 500 Millionen Mark.

3. Die Grund- und Bodensteuer. Von allem Grund und Boden, ausgenommen Ländereien, dessen Wert nicht über 1000 M. pro Hektar beträgt und solche, zu denen das Publikum Zutritt hat und deren Vorteile die Landeskommisionen als der öffentlichen Wohlfahrt dienlich anerkennen, wird eine Steuer von 0,2 Prozent des gemeinen Wertes erhoben. Alle fünf Jahre wird der Wert des bebauten und unbauten Landes durch Staatskommissionen auf neue festgestellt. Diese Steuer richtet sich gegen die Bodenproduktion.

4. Die Haussteuer. Sie trifft in verschiedener Höhe, je nach dem Jahreertrag, den sie bringen, alle bewohnten Häuser mit Ausnahme derer, deren Mietwert unter 400 M. bleibt. Die englischen Arbeiter-Einkommenshäuser werden im allgemeinen für 300—400 M. jährlich vermietet, in Landstädten noch billiger, bleiben also von der Haussteuer frei.

5. Die Wertzuwachssteuer. Die Wertzuwachssteuer beträgt 20 Prozent des einen Wertzuwachs von 10 Prozent übersteigenden Wertes. Sie wird erhoben bei dem Verkauf eines Grundstückes, bei einer Neuverpachtung auf mehr als 14 Jahre und bei einem Besitzwechsel infolge Sterbefalles. Jedoch sind von der Steuer befreit kleinere landwirtschaftliche Besitzungen, wenn sie

mindestens zwölf Monate vor dem Besitzwechsel von ihrem Eigentümer bewirtschaftet wurden oder auf mindestens 50 Jahre gepachtet waren. Ferner landwirtschaftlich benutztes Land überhaup, wenn sein Wertzuwachs dem gewachsenen landwirtschaftlichen Wert entspricht. Und endlich kleinere Wohnhäuser, die beim Besitzwechsel mindestens 12 Monate lang von ihren Eigentümern bewohnt waren und auf mindestens 20 Jahre gepachtet sind.

6. Die Heimfallsteuer. Darüber sagt Helbed: „Eine eigentümliche englische Einrichtung sind die Verkaufs von Grund und Boden auf 99 Jahre. Nach Ablauf dieser Frist fällt der Grund und Boden (mit den etwa auf ihnen errichteten Gebäuden) wieder an den ursprünglichen Besitzer bzw. seine Erben zurück. Bei diesem „Heimfall“ wird eine Heimfallsteuer von 10 Prozent des Wertzuwachses erhoben.“

Neben diesen Steuern ruhen in England noch Abgaben auf Bier, Branntwein, Zigaretten, ferner gibt es Stempelsteuern und Luxussteuern. Die letzteren sind zum Teil sehr originell. So werden für Equipagen (Wagen oder nachlässig) je 41 M., für Equipagen (Einspännig) je 22 M., für Automobile (nach ihrer Größe) 13—105 M., für Dienere je 15 M. jährliche Steuern erhoben.

Strafzölle fallen in England als Belastung der Staatsbürger, da England ein Freihandelsland ist.

Neben den Staatssteuern darf man jedoch, um ein richtiges Bild von der Art des englischen Steuerwesens zu bekommen, die Kommunalsteuern nicht übersehen, ganz ebenso wie es nicht recht ist, bei der Diskussion des deutschen Steuerwesens die einzelstaatlichen Steuern zu vergessen. Die englischen Kommunalsteuern haben aber ein bedeutend weniger soziales Aussehen, als die im allgemeinen durchaus annehmbaren Staatssteuern. Vor allem gilt das von der Hauptkommunalsteuer, der Armensteuer. Diese wird in der Art erhoben, daß der Nutzungswert des Grund und Bodens (bzw. der Mietwert der Häuser) festgesetzt wird und die Steuer dann in einem dem Steuerbedarf des Bezirks (als solche werden die Armenpflegebezirke genommen) entsprechenden Prozentsatz berechnet wird. Dabei bringen den Hauptertrag dieser Steuer naturgemäß die Wohn- und Geschäftshäuser. Die Steuer wird hier aber von dem Vermieter auf den Mieter abgewälzt, und so ist die Armensteuer in den Städten direkt eine Mietersteuer. Die anderen Kommunalsteuern sind dieser Grundkommunalsteuer nachgebildet.

Alles in allem sagt Helbed seine Meinung über das englische Steuerwesen in folgendem Vergleich zusammen: Eine englische Arbeiterfamilie mit einem Gesamteinkommen von 1500 M. ist von Staats- und Einkommensteuern befreit, ihre notwendigen Lebensmittel und Bedarfsartikel

sind nicht mit Zöllen belastet, dafür hat sie aber direkt oder indirekt durch entsprechende höhere Miete) und 70 M. an Kommunalsteuern zu zahlen. Sie ist also infolge des unsozialen englischen Kommunalsteuersystems steuerpolitisch nicht viel besser gestellt als eine deutsche Arbeiterfamilie, die bei 1500 M. Einkommen an direkten und indirekten Steuern auch mit ca. 75 M. belastet ist.“

Die Gesamtbelastung an Zöllen, Staats- und Kommunalsteuern beträgt in England pro Kopf der Bevölkerung rund 90 M., in Deutschland rund 60 M. Den außerordentlich großen Mehrertrag pro Kopf erzielt England aus der Nachlasssteuer, der Einkommensteuer und der außerordentlich starken Belastung des Tabaks und der alkoholischen Getränke.“

Die innere Verwaltung ist folgendermaßen organisiert. Nominal bestehen zwar noch die alten Administrationsbezirke, die Grafschaften, ja sogar noch ihr Vorsteher, der Lordleutnant, faktisch aber haben wir in der inneren englischen Verwaltung keine Administrationsverwaltung mehr, sondern es besteht die uneingeschränkte Selbstverwaltung. Der Selbstverwaltungsförderer ist in den ländlichen Bezirken der Grafschaftsrat, dessen Vorsitzender der englische Landrat ist. Wahlberechtigt und wählbar zum Grafschaftsrat sind alle männlichen und weiblichen Haus- und Grundbesitzer und alle männlichen und weiblichen Grafschaftseinkommen, die eine Wohnung selbständig (nicht mobilt) gemietet haben, d. h. alle Haushaltungsberechtigten. Städte mit über 50.000 Einwohnern bilden eigene „Stadtgrafschaften“. Dem genannten Vorsitzenden des Grafschaftsrats entspricht in den Stadtgrafschaften der Bürgermeister, Oberbürgermeister (Mayor, Lord Mayor).

Den Selbstverwaltungskörpern gegenüber sind die Staatsbehörden vorwiegend beschränkt auf Aufsichtsbefugnisse. Im Gegensatz zu der detaillierten Organisation der staatlichen Aufsichtsbehörden in Deutschland bestehen in England nur sogenannte Lokalverwaltungsämter, die die staatlichen Aufsichtsbefugnisse den Selbstverwaltungskörpern gegenüber wahrnehmen, und zwar gibt es für England und Wales, Schottland und Irland nur je ein Lokalverwaltungsamt.

Wenn ich noch ein Schlusssatz über das englische Staatsverfassungs- und Verwaltungsweisen anhängen darf, so ist es das, daß es jedenfalls den Eindruck des organisch Gewordenen macht, aber eben deshalb nicht schematisch auf andere Staats- und Volkzustände übertragen werden kann, vielmehr nur dazu anzuregen kann, auch im Staats- und Volksleben organisch aus sich selbst heraus zur Entwicklung, Entfaltung und Blüte zu bringen.“

ich niemals Dolmetsch der „Friedrich Wilhelm“, sondern bis zu dem Tage, an dem ich die Leitung der Kriegerbundanstalt übernahm, juristischer Beirat im Allgemeinen Deutschen Versicherungsverein zu Stuttgart. Ihr Gewährsmann hat die Vertretung des Kriegerbundes mißverstanden; sie hatte gesagt, daß ich nur der „genannten Lebensversicherungsanstalt“ verpflichtet sei, womit die des Kriegerbundes gemeint war. — Hochachtungsvoll Dr. Heinrichs, Vorstand der Lebensversicherungsanstalt und Sterbekasse des Deutschen Kriegerbundes.

Hiermit glauben wir die Diskussion über diese Frage schließen zu können. Wir wollen zum Schluß noch einmal der Ansicht Ausdruck geben, daß, wenn die Kriegervereine sich auf das ihnen zustehende Arbeitsgebiet beschränken, Differenzen mit den christlich-nationalen Arbeiterorganisationen sich nicht ergeben werden.

Wirtschaftliche Bewegung.

Gesperrt sind: **Mühlheim-Ruhe** (Sperrung über die Firma Rurich und Hoffmann wegen Nichtinhaltung des Tarifs), **Gelsenkirchen** (Sperrung über die Firma Hünnelbed & Co.), **Witburg**, **Esfel** (Sperrung über die Firmen Carlson jr. und sen. wegen Maßregelung), **Söndebüren** (Sperrung über den Bauunternehmer Büchmann wegen Nichtinhaltung des Tarifvertrages), **Düsseldorf** (Ueber die Firma Häuser ist für Zimmerer die Sperrung verhängt), desgleichen (Sperrung über die Firmen Peters, Köhler und Venden in Urdenbach wegen Nichtzahlung der erhöhten tariflichen Lohnsätze.) **Groß- und Klein-Eislingen** (Streit der Maurer, Zimmerer, Gipser und Bauhilfsarbeiter), **Hamm i. B.** (Sperrung über das Studegeschäft Heinrich Müseler wegen Nichtanerkennung des Tarifs), **Recklinghausen** (Sperrung über das Plattengeschäft Oberthum in Waltrop), **Weinheim**, **Baden** (allgemeiner Streit sämtlicher Bauarbeiter), **Marburg** (Streit der Maurer u. Bauhilfsarbeiter), **Münster l. W.** (Streit der Stultateure), **Binz a. Rh.** (Streit der Maurer und Hilfsarbeiter), **Caternberg** (Maurer und Hilfsarbeiter, Sperrung über die Firma Heinrich Bullmann), **Lippfpringe** (Streit der Maurer und Bauhilfsarbeiter), **Pitischen D.-Schl.** (Sperrung über alle hiesigen Baugeschäfte mit Ausnahme der Firma Schmitt. Die Unternehmer weigern sich, den Schiedsspruch anzuerkennen.) **M.-Ehrum** (Sperrung über die Firma Buschmann wegen Nichtzahlung des Tariflohnes), **Hemer** bei Iserlohn (Streit d. M. u. B. wegen Nichtanerkennung des Vertrages), **Sendenhorst** (Streit der Maurer und Bauhilfsarbeiter), **Neustadt** (Schwarzwald) (Streit der Zimmerer), **Steele** (Sperrung über die Firma Fr. Hund wegen Nichtinhaltung des Tarifvertrages und Maßregelung), **Andernach** (Sperrung über das Baugeschäft Kroth & Ling), **Münsterberg** (Streit der Zimmerer bei der Firma Lork wegen Nichtanerkennung des Tarifs), **Randberg, D.-Schl.** (Sperrung wegen Nichtanerkennung des Schiedsspruchs.) Zugzug ist fernzuhalten.

Bezirk Bochum.

Großenbaum. Einen recht erheblichen Erfolg erreichten die Mitglieder des christlichen Bauarbeiterverbandes in Großenbaum auf dem Jahrtage der Werke. Nachdem im Hochbaugewerbe der Friede durch eine Lohn- und eine teilweise Verkürzung der Arbeitszeit gesichert ist, haben die Kollegen auf genanntem Werk es ebenfalls für notwendig erachtet, durch eine Eingabe, in welcher die Wünsche der Kollegen klargelegt waren, für die Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse einzutreten. Gefordert wurde von den Kollegen: 1. Der Stundenlohn ist für Maurer auf 62 Pf. festzusetzen. 2. Für heiße Arbeiten an den Werktagen, welche über eine Stunde dauern, ist in allen Betrieben ein Zuschlag von 50 Prozent zu zahlen. 3. Für Sonntagsarbeit und Arbeit an gesetzlichen Feiertagen, ist ein Zuschlag von 100 Prozent zu gewähren. 4. Die Sonntagsarbeit beginnt in der Nacht von Samstag auf Sonntag um 12 Uhr und endet in der Nacht von Sonntag auf Montag um 12 Uhr. 5. Für dringende Reparaturen außerhalb der gesetzlichen normalen Arbeitszeit und evtl. Beschäftigung, sind, wenn die Maurer besonders dazu geholt bzw. bestimmt werden, bei einer Dauer der Arbeit bis zu zwei Stunden pro Stunde ein Zuschlag von 100 Prozent zu zahlen. 6. Bei schmutzigen Arbeiten in Kanälen usw. ist ein Kesselanzug zu liefern. Nachdem die Forderung durch eine mehrgliedrige Kommission den Instanzen des Werkes unterbreitet war, verhandelte die Leitung des Werkes am 11. Juni mit der Kommission und wurden folgende Vereinbarungen getroffen: 1. Der Stundenlohn für die Maurer beträgt ab 1. Juli 60 Pf., für Hilfsarbeiter 46 Pf. 2. Für heiße Arbeiten an den Werktagen, welche über eine Stunde dauern, wird ein Zuschlag von 50 Prozent gezahlt. 3. Für Sonntagsarbeit und Arbeiten an gesetzlichen Feiertagen wird ein Zuschlag von 100 Prozent gezahlt. Die Sonntagsarbeit beginnt Sonntags früh 6 Uhr und endet abends 6 Uhr. In der Nacht von Sonntag zum Montag wird ein Zuschlag von 50 Prozent bezahlt. 4. Für dringende Reparaturen außerhalb der normalen Arbeitszeit sind, wenn die Maurer besonders dazu geholt bzw. bestimmt werden, 100 Prozent zu zahlen. 5. Bei schmutzigen Arbeiten in Kanälen usw. wird ein Kesselanzug geliefert. Wenn auch die Wünsche der Kollegen nicht alle erfüllt sind, so ist doch wiederum der Beweis erbracht, daß auch auf den industriellen Werken Verbesserungen für die dort beschäftigten Bauarbeiter erzielt werden können. Der Einwand, der auf den übrigen Werken beschäftigten Bauarbeiter, die Organisation habe keinen Zweck für sie, ist durch das einmütige geschlossene Vorgehen und den erzielten Erfolg hinlänglich geworden. Aber auch einer anderen Klasse ist der Beweis erbracht, daß unsere Organisation redlich bemüht ist, auf den Werken dieselben Lohn- und Arbeitsbedingungen einzuführen, wie in den Privatbetrieben. Die errungenen Erfolge, welche wahrhaftig nicht zu gering anzuschlagen sind, müssen die Kollegen noch fester an ihre Organisation fetten, und dazu dienen, den letzten in Großenbaum beschäftigten

Bauarbeiter festlichen Berufs unserem Verbands zuzuführen. Für uns Bauarbeiter kann als wirksamste Interessenvertretung auf gewerkschaftlichem Gebiete nur der Zentralverband christlicher Bauarbeiter in Frage kommen.

Steele. Ueber die Firma Frz. Flud, Steele, wurde am 21. d. M. die Sperrung verhängt, wegen Nichtinhaltung des Tarifvertrages und Maßregelung zweier Kollegen. Der Sachverhalt ist folgender: Vor den hohen Festtagen sollte früher Feierabend gemacht werden, weil verschiedene Maurer verreisen wollten. Diese Stunden sollten in der vorausgehenden Woche herausgeholt werden. Nach dem letzten Festtag verlangten unsere Kollegen wieder die 10stündige Arbeit. Diese wurde uns aber von dem sogenannten Vizepolier verweigert, weil er 10 1/2 Stunden weiter arbeiten wollte. Da bei der Firma nur drei organisierte Kollegen arbeiteten, war vorläufig nichts durchzusetzen. Nachdem wir nun mit den unorganisierten Kollegen Rücksprache genommen hatten, sollte am 1. Juni die 10stündige Arbeitszeit durchgeführt werden. Ungefähr acht Tage hielten diese auch die zehnstündige Arbeitszeit ein, fielen dann aber wieder ab, bis auf unsere Verbandskollegen und einen Indifferenten. Am 16. Juni kündigte nun der Unternehmer Flud einem unserer Kollegen und dem Indifferenten mit der Begründung, daß er keine Arbeit mehr hätte und daß er jetzt genug von uns gehört hätte, oder auf deutsch gesagt, daß wir nur 10 Stunden arbeiten wollten. Daraufhin kündigten auch unsere beiden anderen Kollegen. Als unser Verbandsbeamter vorstellig wurde, erklärte Flud, daß er unserem Kollegen kündigen mußte, weil er keine Arbeit mehr hätte und er der zuletzt Bekommene wäre. Dabei sind aber noch drei Maurer nach ihm gekommen, die aber 10 1/2 Stunden arbeiten, also tüchtiger sind als unser Kollege. Dem anderen hätte er gefündigt, weil er in den letzten Tagen faul geworden wäre. Fast zwölf Jahre ist der Kollege bei dem Unternehmer und seinem Vorgänger gewesen und war tüchtig, und jetzt, weil er mit den Organisierten bloß 10 Stunden arbeiten wollte, ist er faul. Flud wollte von jetzt an den Tarif einhalten, aber bis heute werden immer noch 10 1/2 Stunden gearbeitet. Dieser ganze Konflikt ist nur auf das elende Klammhafensystem zurückzuführen. Deshalb, Kollegen, meidet diese Firma.

Dachdecker.

Am 7. Juni d. J. fand im Rathaus zu Essen die erste Verhandlung mit den Dachdeckermeistern des Rheinisch-westfälischen Industriegebietes, zwecks Abschluß eines neuen Tarifvertrages, statt. Diese Verhandlung wurde geleitet von dem Herrn Professor Güttner zu Essen. Nachdem die Vertreter der beiden hier in Betracht kommenden Arbeiterorganisationen ihre Forderungen den einzelnen Unternehmern schriftlich unterbreitet hatten, erklärten letztere, keine Lohnzugeständnisse machen zu können, da der schlechte Geschäftsgang solches nicht zulasse. Hier- auf erklärte ihnen unser Kollege Koch, daß die Dachdeckergehilfen und -Arbeiter auf eine wesentliche Lohn-erhöhung unbedingt bestehen müßten und ohne eine solche nicht in der Lage seien, einen Vertrag abzuschließen, weil eben während der letzten Vertragsperiode die Lebensmittelpreise enorm gestiegen und ihre sonstigen Ausgaben größer geworden seien, müßten auch die Dachdecker eine wesentliche Erhöhung ihres Einkommens verlangen. Nach längerer Verhandlung zogen sich die Unternehmer zu einer separaten Verhandlung zurück, worauf sie dann ein Angebot von 2 Pf. Lohnerhöhung während einer dreijährigen Vertragsdauer machten. Ferner erklärten sie, die Zulage für Überstunden von 15 Pf. auf 25 Prozent und der Stundenlohn für Turmarbeit von 90 Pf. auf 1 Mk. erhöhen zu wollen. Nachdem die Arbeitervertreter dieses Angebot als ungenügend bezeichnet und abgelehnt hatten, erklärten die Unternehmer, sie seien nicht in der Lage, weitere Angebote zu machen, bemerkten aber, daß sie in Kürze eine Generalversammlung abhalten wollen, um sich, wenn möglich, weitere Vollmachten erteilen zu lassen. Hierauf wurde auf Wunsch der Unternehmer die Verhandlung bis zum 14. Juni vertagt. Die Verhandlung am 14. Juni hatte folgendes Ergebnis: Nach mehrstündiger Verhandlung erhöhten die Unternehmer ihr Lohnangebot von 2 Pf. auf 3 Pf. und zum Schluß von 3 auf 4 bzw. 5 Pf. pro Stunde. Mit letzteren erklärten sich die Arbeitervertreter einverstanden und versprachen, dieses Angebot ihren Mitgliedern zur Annahme empfehlen zu wollen. Auf Grund dieser Lohnerhöhung steigt der Stundenlohn der Dachdeckergehilfen von 63 bis 64 Pf. auf 68 Pf. Zu Dortmund, wo bisher 67 bis 69 Pf. gezahlt wurden, steigt der Stundenlohn auf 72 Pf., in Bottrop, Duer, Gladbeck und Osterfeld von 62 auf 67 Pf. und in Soest von 56 auf 61 Pf. Der Stundenlohn der Hilfsarbeiter ist um 10 Pf. niedriger. Die Lohnerhöhung soll wie folgt verteilt werden: Ab 1. Juli 1913 2 Pf., ab 1. April 1914 1 Pf., ab 1. April 1915 1 bzw. 2 Pf. pro Stunde. Der Zuschlag für Überstunden soll von 15 Pf. auf 25 Prozent des Lohnes steigen und der Stundenlohn für Turmarbeit von 90 auf 100 Pf. Für Teerarbeit, soweit es sich um alle Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten handelt, sollen 3 Pf. Zuschlag pro Stunde gezahlt werden. Für alle Arbeiten, die in einer Entfernung von mehr als drei Kilometer von der Werkstatt des Unternehmers ausgeführt werden, wird eine Vergütung von 80 Pf. (bisher 70 Pf.) gezahlt. Ist bei auswärtigen Arbeiten Übernachten erforderlich, dann wird eine Vergütung von 1,80 Mk (bisher 1,50 Mk) gewährt. Dieses Angebot der Unternehmer, zumal wenn es als Ganzes betrachtet wird, muß als ein erfreuliches bezeichnet werden, womit sich die in Betracht kommenden Arbeiter des Dachdeckergewerbes wohl zufrieden geben können. Hervorheben möchten wir auch, daß im Jahre 1910, freilich nach 13wöchiger Ausperrung, der Stundenlohn der Dachdeckergehilfen und -Arbeiter um 8 bis 10 Pf. erhöht und die Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden verkürzt worden ist. Daher glauben wir uns auch dazu berechtigt, das jetzige Angebot der Arbeitgeber anzuerkennen, und unseren Mitgliedern zur

Annahme zu empfehlen. Beide Parteien erklärten, dieses Angebot bis zum 23. Juni d. J. ihren Mitgliedern zur Annahme zu unterbreiten und dann den Herrn unparteiischen zu benachrichtigen. Wir rechnen bestimmt damit, daß beide Parteien eine zustimmende Erklärung abgeben werden, und daß somit wieder für drei Jahre der Friede im Dachdeckergerwerbe gewahrt ist.

Bezirk Köln.

Andernach. Unser im Jahre 1910 getätigter Ortsvertrag, der nachträglich auch mit den Unternehmern in Plaidt, Saffig und Miesenheim vereinbart wurde, ist am 15. Mai ab. Nachdem über den Ausgang der allgemeinen Tarifbewegung Klarheit war, traten wir mit neuen Forderungen an die Unternehmer heran. Nach einer zunächst ablehnenden Haltung der Unternehmer gelang es, mit den beiden maßgebenden Geschäftsinhabern Kroth und Gebr. Koerner eine Einigung zu erzielen. Dem Vertrag ist der allgemeine Tarif zugrunde gelegt. Die Tarifskone steigen ab 12. Juni für Maurer von 48 Pf. auf 50 Pf., für Hilfsarbeiter von 38 Pf. auf 40 Pf. pro Stunde, ab 1. April 1914 auf 52 bzw. 42 Pf., ab 1. April 1915 auf 54 bzw. 44 Pf. Die Gebrüder Koerner bewilligten sogar für dieses Jahr 51 bzw. 41 Pf. Der Tarif läuft bis 15. Mai 1916. Eine am 15. Juni stattgefundene Versammlung stimmte diesen Angebots der beiden Unternehmer zu. Nachdem der Tarif von den beiden Geschäftsinhabern unterzeichnet war, wurde auch an die anderen Unternehmer zwecks schriftlicher Unterzeichnung herangetreten. Viele lehnten jedoch die Anerkennung ab. Die Firma Kroth u. Ling hatte schon 1910 erklärt, sie würde den Tarif nur dann anerkennen, wenn ihr die Vorkoste auf die Brust gesetzt werde. Sie hat auch den Tarif erst anerkannt, als sie am Bahnhofsneubau gespart wurde. Diesen ablehnenden Standpunkt nahm die Firma auch jetzt wieder ein. Es ist deshalb auch über diese Firma die Sperrung verhängt. Mit den übrigen Firmen, die den Vertrag nicht anerkennen, wird, sobald sich Gelegenheit bietet, ebenso verfahren. Mit den Firmen in Andernach-Land stehen noch Verhandlungen aus. Zugzug nach Essen ist streng fernzuhalten.

Dipe. Der Streit der Maurer und Bauhilfsarbeiter hier selbst wurde nach sechstägiger Dauer mit Erfolg beendet. Die Unternehmer haben eingesehen, daß die Dipe Bauarbeiter um ihre durch die Tarifverträge festgelegten Lohnerhöhungen zu kämpfen verbleiben. Nachdem nun der neue Tarifvertrag für die Stadt Dipe zur Durchführung gelangt, muß jetzt alles aufgehoben werden, damit auch in Andernach, Utenenden, Wengen usw. die Tarifskone gezahlt werden. In dem Beschlusse der Dipe Kollegen mögen die Bauarbeiter der übrigen Dipe erkennen, daß es bei geschlossenem Vorgehen der Dipe ist, die Unternehmer zur Einhaltung der Tarifverträge zu bewegen.

Bezirk Freiburg i. Br.

Offenburg. Die hiesigen Unternehmer waren im Jahre 1911 insgesamt aus der Arbeitgeberorganisation ausgetreten, um, wie Herr Unternehmer Schürer sagt, freie Hand nach allen Seiten zu bekommen. Die Hauptursache, die zum Austritt geführt haben dürfte, wird wohl die gewesen sein, daß die Unternehmer sich schon jahrelang sehr feindselig gegenüberstanden und sich bei den Submissionsen gewaltig unterboten hatten. Einige der Offenburgener Unternehmer sind in ganz Baden als Preisbrüder bekannt. Auch glaubten einige Herren, wenn sie nicht mehr der Arbeitgeberorganisation angehörten, seien sie frei und auch nicht mehr an vertragliche Bindungen gebunden. Daß es unter diesen Umständen nicht ganz leicht war, einen neuen Vertrag abzuschließen, ist klar. Am 16. Mai wurden nun die Bezirksgewerkschaften bei den Unternehmern vorstellig, um sie zu befragen, ob sie gewillt seien, einen neuen Vertrag abzuschließen. Einige Unternehmer verhielten sich ablehnend, andere dagegen wollten ein neues Vertragsverhältnis eingehen, aber nicht mehr Lohn zahlen. Schließlich erklärte die der Unternehmer Mitter, einer, der sozial am weitesten vorangeschritten, bereit, alle Unternehmer zu einer gemeinverständlichen Verhandlung einzuladen, die dann am 20. Mai stattfand. Nachstehende Vereinbarung kam zustande:

„Der am 20. Juli 1910 für das Baugewerbe Offenburgs abgeschlossene Tarifvertrag erhält zu § 4 folgende Änderung: Der Stundenlohn beträgt für einen Maurergehilfen mit sofortiger Wirkung 56 Pf., vom 1. April 1914 ab 58 Pf., vom 1. April 1915 ab 59 Pf.; für die Hilfsarbeiter mit sofortiger Wirkung 48 Pf., vom 1. April 1914 ab 45 Pf., vom 1. April 1915 ab 46 Pf. Alle übrigen Bestimmungen des Vertrages bleiben in Kraft. Der Vertrag gilt vom 21. Mai 1913 bis 31. März 1916.“

Unsere Offenburgener Kollegen haben demnach in den drei Jahren 4 Pf. an Lohnerhöhung erreicht, womit sich dieselben unter den Verhältnissen, wie sie im Offenburgener Baugewerbe gelagert sind, zufriedenzugeben.

Bezirk Königsberg.

Dirschau. Wie bereits in der letzten Nummer der „Baugewerkschaft“ mitgeteilt wurde, legten hier am Sonntag, den 14. Juni, sämtliche Kollegen in allen hiesigen Baugeschäften die Arbeit nieder. Bereits zu Dienstag morgen, den 17. Juni, hatte der Vorsitzende der Bauinnung, Herr Bodtke, uns zu Verhandlungen eingeladen. Unsere Forderungen waren für Maurer 5 Pf., für Zimmerer und Arbeiter je 7 Pf. für die drei Vertragsjahre. Da die Arbeitgeber in dieser Verhandlung für die Zimmerer und Arbeiter 4 Pf., für die Maurer 3 Pf. boten, und zwar je 1 Pf. für 1914 und 1915, so endigten diese Verhandlungen nach zweistündiger Beratung resultatlos. Am 19. Juni, nachmittags 2 Uhr, fanden dann abermals auf Veranlassung des Herrn Bodtke Verhandlungen statt, und kam auf folgender Grundlage eine Einigung zustande. Die Erhöhung beträgt für Maurer 1, 1, 1 Pf. für Zimmerer 2, 1, 1, so daß der Stundenlohn für Maurer und Zim-

waren 1913 66 Pf. beträgt. Bei den Arbeitern tritt ebenfalls eine Steigerung von 3, 1, 1 Pf. ein, so daß hier der Stundenlohn in diesem Jahre 41 Pf. beträgt. Mit diesem Erfolg können die Dirschauer Bauarbeiter zufrieden sein. Rechnen wir dazu die Erfolge von 1910, so ist hier der Stundenlohn innerhalb sechs Jahren um 13 bis 15 Pf. gestiegen. Dieses hätte sich gewiß auch auf friedlichem Wege erwirken lassen. Allein die Arbeitgeber wollten, nach ihrer eigenen Aussprache, dazu gezwungen werden. Nun, die Erfolge, welche errungen wurden, sind die Opfer wert, welche in den wenigen Tagen gebracht wurden. Mögen die Dirschauer Kollegen aber auch daraus die notwendigen Lehren ziehen, daß nur eine zu jeder Stunde schlagfertige Organisation solche Erfolge erringen kann. Darum Ausbau der Organisation nach außen und innen, das sei die Parole für die Zukunft.

Bezirk Nürnberg

Konnersreuth. Schon wenige Wochen nach Gründung der Vertrauensstelle konnten unsere Kollegen einen schönen Erfolg verzeichnen. In Arzberg, wo fast alle unsere Kollegen beschäftigt sind, hatte im Jahre 1912 der sozialdemokratische Bauarbeiterverband einen Vertrag mit drei Unternehmern abgeschlossen, nach welchem der Stundenlohn für Maurer 1912 46 Pf. und für 1913 48 Pf. betrug. Dieser Vertrag gilt bis 1. April 1914. Der Unternehmer Zeidler, wo zurzeit nur Kollegen von unserem Verband beschäftigt sind, war an diesem Tarifabschluß nicht beteiligt, er zahlte auch nicht den Lohn von 48 Pf., sondern nur 45 bis 46 Pf. Am 12. Juni warben Kollege Sommer und unser Vorsitzender bei Zeidler vorstellig, um ihn zu veranlassen, auch einen Stundenlohn von 48 Pf. zu bezahlen. Der Unternehmer lehnte nicht nur jede Lohnserhöhung, sondern auch jede Verhandlung strikte ab. Darauf legten am gleichen Tage, mittags, sämtliche Kollegen die Arbeit nieder. Bereits am Freitag, den 13. Juni, nachdem auch der Polier sich der Sperre angeschlossen hatte, erklärte sich der Unternehmer bereit, unsere Forderung anzuerkennen. Es wurde dann ein Vertrag abgeschlossen, nach welchem die Maurer 48 Pf. und die Bauhilfsarbeiter 35 Pf. pro Stunde erhalten. Die Hilfsarbeiter hatten bisher keinen Vertrag, deren Stundenlohn bewegte sich zwischen 30 und 35 Pf. In diesem Erfolg können die Kollegen wieder erleben, welchen Wert die Organisation für die Bauarbeiter hat. Hoffentlich müssen sie auch den Erfolg bejahend aus, indem sie dafür sorgen, daß der letzte Bauarbeiter von Konnersreuth und Umgebung Mitglied unseres Verbandes wird. Auf zur Verdienarbeit, auf zu neuen Erfolgen!

Bezirk Paderborn

Heda. Nach dreiwöchigem Streit, welcher von beiden Seiten sehr gefährdet wurde, ist der Friede wieder hergestellt. Am Dienstag, den 17. Juni, fanden Verhandlungen statt. Es kam ein Vortrag zustande auf der Grundlage des Schiedsspruches. Der Lohn beträgt vom 18. Juni 1913 ab für Maurer 52 Pf. und vom 1. April 1914 ab 53 Pf. Der Lohn für Hilfsarbeiter beträgt vom 18. Juni 1913 ab 44 Pf. und vom 1. April 1914 ab 45 Pf. Die Mitgliederversammlung war mit dem Resultat einverstanden, und die Arbeit wurde am 18. Juni wieder aufgenommen.

Berl. Am 9. Juni legten die Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter geschlossen die Arbeit nieder, weil die Unternehmer sich weigerten, den Schiedsspruch einzuhalten. Nachdem 1 1/2 Wochen im Lande verstrichen waren, haben die Unternehmer ihr Unrecht eingesehen, und auf Veranlassung des Herrn Bürgermeisters Müller fand am 19. Juni eine Verhandlung statt. Es kam eine Vereinbarung zustande auf der Grundlage des Schiedsspruches. Der erhöhte Lohn von 2 Pf. muß ab 2. Mai nachgezahlt werden. Dieses wurde protokolllarisch auf dem Bürgermeisterrat niedergeschrieben und von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern unterzeichnet. Die Arbeit wurde am 20. Juni wieder aufgenommen.

Statuten.

Eisen. Der am 1. April abgelaufene Tarifvertrag wurde wieder erneuert und läuft derselbe bis 1. April 1916. Es wurde eine Lohnserhöhung von 4 Pf. erzielt, davon treten 2 Pf. am 1. Juni 1913 und 2 Pf. am 1. April 1914 in Kraft. Der Lohn für Statuten beträgt demnach in diesem Jahre 68 Pf., ab 1. April 1914 70 Pf. Die zehnwöchige Arbeitszeit wird während der Vertragsdauer beibehalten. Den geltend gemachten die Entschädigung für auswärtige Arbeiter, wobei noch wesentliche Verbesserungen erzielt sind. Der Vertragsabschluß, welcher sich sehr schwierig gestaltete, bedeutet einen weiteren Fortschritt der Lohn- und Arbeitsbedingungen unserer Statuten im Eisenland. In den Kollegen liegt es nun, überall für fröhliche Durchführung des Vertrages einzutreten und den letzten nichtorganisierten Statuten unserer Verbände nachzusehen.

Verbandsnachrichten.

Wir machen die Mitglieder in ihrem eigenen Interesse darauf aufmerksam, daß am Samstag, den 29. Juni, der achtzehnte Wochenbeitrag fällig ist.

Charlottenburg. Am Dienstag, den 17. Juni, wurde unsere regelmäßige Mitgliederversammlung abgehalten. Der Kollege Bergmann Berlin wurde zum Vorsitzenden gewählt. Der Kollege Bergmann Berlin wurde zum Vorsitzenden gewählt. Der Kollege Bergmann Berlin wurde zum Vorsitzenden gewählt.

macht, ist einzig und allein ein Verdienst der Organisationen und ihrer Vertreter. Bemerkenswert sei noch, daß der Stundenlohn sich am 1. August 1913 um 2 Pf. und nächstes Jahr 1. Oktober um weitere 2 Pf. erhöht. Mit der Aufforderung, das Gehörte in die Tat umzusetzen, schloß der Vorsitzende die gut verlaufene Versammlung. — Es werden unsere Kollegen schon jetzt auf die nächste Versammlung aufmerksam gemacht. Sie findet am 15. Juli statt.

Düsseldorf. Die Tätigkeit eines Schutzmannes als Streikpostenüberwacher. Bei der Maschinenfabrik Rheingold in der Zimmerstraße sind in der Metallbranche Lohnbifferenzen ausgebrochen. Die Firma bemüht sich, Arbeitswillige zu bekommen, und damit selbige von den Streikenden nicht „belästigt“ werden, sind ihnen Lagerstätten in der Fabrik zubereitet worden. Damit aber auch von außen kein Streikender die Ruhe der Fabrikbewohner stören kann, sind zwei ständige Polizeiposten zur Bewachung kommandiert. Die Baufirma Müller von Duisburg hat nun einen größeren Erweiterungsbau der Maschinenfabrik ausgeführt. Die Bauarbeiter sollten mit den Streikposten auf Anordnung der Fabrikleitung auf dem Wege von und zur Baustelle keinerlei Untertredung führen. Dieses Verbot war aber noch lange nicht allen bekannt. Der Hilfsarbeiter Ladislaus Lubowski hatte am 7. Juni dieses „strenge Geheh“ übertreten, indem er einige Worte mit einem Streikposten geredet hatte. Flugs hatte der Schutzmann Nr. 113 dem Betriebsdirektor über diese „böse Tat“ Meldung erstattet. Die Baufirma Müller wurde auf schnellstem Wege benachrichtigt, daß der Mann zu entlassen sei, was dann auch geschah. Wir sind der Auffassung, daß solche Schmüßereien zur Tätigkeit der Polizeibranten nicht gehören. Unsere Kollegen mögen daraus wieder erkennen, welcher Unterschied zwischen der Bewegungsfreiheit der Fabrikarbeiter und der der organisierten Bauarbeiterschaft besteht.

Jahresbericht des Bezirks Berlin.

Eine ganze Spanne Zeit sind wir schon über das Berichtsjahr hinaus, doch wollen wir noch einen kurzen Blick auf das verlossene Jahr werfen. Die diesjährige Lohnbewegung hat auch für den Bezirk Berlin manche Arbeit gebracht. In verschiedenen Orten, in denen wir noch kein Vertragsverhältnis hatten, oder wo wir noch nicht am Vertrage beteiligt waren, haben wir jetzt einen Vertrag abgeschlossen, bzw. sind wir jetzt am Vertrage beteiligt. Eine Lohnserhöhung von 3-10 Pf. pro Stunde, verteilt auf die drei Jahre, sehen die Verträge, die für zwölf Orte abgeschlossen sind, vor.

Nun zum Jahre 1912. Reich war es an Arbeit, nicht alle Forderungen sind erfüllt. Wenn wir auch wieder einen Schritt vorwärts gekommen sind, so kann uns das nicht befriedigen. Wir müssen in der Agitation noch viel eifriger und unermüdliger weiterarbeiten. Manche Kraft fehlte uns im verlossenen Jahr, um den Bezirk tüchtig voranzubringen. Wie gerne auch hätten wir einen kleinen Stamm treuer Kollegen gehabt, die in den einzelnen Orten tätig gewesen wären, um dadurch einen größeren Kreis anfähiger Kollegen zu gewinnen. Erst wenn das erreicht ist, haben wir die Möglichkeit, in den einzelnen größeren Orten des Bezirks festen Fuß zu fassen. Diese Möglichkeit ist indes auch jetzt noch vorhanden.

Die Bautätigkeit war in den von uns vertretenen Orten sehr schlecht. In Berlin hatten wir im Januar 34, Februar 42, März 53, April 48, Mai 62, Juni 48, Juli 43, August 68, September 45, Oktober 46, November 27, Dezember 34 arbeitslose Kollegen. Das sind im ganzen 550, also waren in Berlin fast alle unserer Kollegen zu Zeiten arbeitslos. Auch das neue Jahr zeigt ebenfalls keine günstige Konjunktur. In den übrigen Orten des Bezirks war es nicht viel anders. Auch dort mehren sich im Laufe des Jahres die Klagen über Arbeitslosigkeit.

Neue Vertrauensstellen wurden in 6 Orten mit 163 Kollegen gegründet, jedoch haben uns drei Orte mit 72 Mitgliedern wieder den Rücken gekehrt. Der Organisationsgedanke hatte diese Kollegen noch nicht überzeugend durchdrungen, es scheint aber, daß wir von diesen im neuen Jahr wieder einen Teil zurückgewinnen. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des 4. Quartals 1910: 645, 1911: 651, 1912: 742. Fast in allen neugegründeten Orten und in denen, wo wir eingetreten, war es die unübliche Kampfweise der „Zerren“, die die Kollegen von vornherein vom Beitritt in den christlichen Bauarbeiterverband abhielt. Als ob der christliche Bauarbeiterverband kein Recht hätte, wie es auch im Vertrage ausgesprochen ist, überall da einzutreten, wo es ihm beliebt. Hier müssen die Kollegen, die zu uns gehören, in der Zukunft vielmehr trennen Mut zeigen, denn wird es auch besser.

Lohnbewegungen hatten wir in einem Orte ermöglicht, jedoch, da es schon auf dem Herbst ging, bis zum Frühjahr verzögert. In Berlin waren wir an dem Statutenstreit, der vom 1. April bis 1. Juni währte, beteiligt. Derselbe endete mit dem Erfolg einer Lohnserhöhung von 4 Pf. pro Stunde und einer Arbeitszeitverlängerung von einer halben Stunde. Der Tarif im Berliner Dachdeckerberuf lag am 1. Juli ab. Die Arbeiter haben sich eine Verlängerung des alten Tarifs auf zwei Jahre, die Arbeitgeber gingen hierauf nicht ein, sondern wollten vielmehr eine Verjährung einführen. Eine Verhandlung vor dem Einigungsamt lehnten die Arbeitgeber ab, und so setzte der Kampf am 22. Juli ein. Am 11. November wurde der Kampf von den Arbeitnehmern abgebrochen, da auf einen Grundsatz zu rechnen war. Während der Ausparierungszeit waren wir durch einen gelben Streik ins Leben, mit dem sie dann einen Vertrag abschloßen, der aber bedeutende Verbesserungen gegenüber dem alten Tarif aufwies. Der Arbeitskampf für das Dach-

bedergerber (siehe „Baugewerkschaft“ Nr. 59) tut ein Uebriges. Die Berliner Kollegen werden wissen, was sie der Organisation schuldig sind, um diese Niederlage wieder wett zu machen. Der Kampf kostete 5390,32 Mk. Wenn wir uns über die inneren Fortschritte der Vertrauensstellen etwas sagen wollen, so wollen wir in diesem Jahre nicht klagen. Die Buch- und Kassensführung der älteren Orte war eine geregelte. An sozialen Wahlen beteiligten sich die Kollegen nur in einigen größeren Orten. Beim Kapitel Bildungsbestrebungen können wir wohl nur hauptsächlich von Berlin berichten. Hier wechselten Lichtbildervorträge, Theaterbesuche, Kongresse und wissenschaftliche Vorträge ab. Durch das Berliner Ortskartell werden alle diese Vorführungen in eifriger Weise eingeleitet. Die Kollegen haben fast überall bei diesen Einrichtungen billige Eintrittspreise, so daß es selbst in dem teuren Berlin jedem Kollegen hierdurch ermöglicht ist, sich an Kunst und Wissenschaft zu erfreuen und weiterzubilden. Vom Bezirksleiter wurden in den übrigen Orten Vorträge über verschiedene soziale Gesetze gehalten, so daß auch diese Kollegen wohl manches Wertvolle und Wissenswerte durch den Anschluß an die Organisation zu hören bekamen.

Wir haben im Berichtsjahre wieder in 64 Orten zwecks Gründung von Vertrauensstellen eingetreten. Die Erfolge sind nicht die besten. In den wenigen ländlichen Orten, wo noch keine Organisation besteht, schließen sich die Kollegen nur dann dem Verband an, wenn möglichst sofort auch eine Lohnbewegung damit verbunden wird. Daß dies auf die Öffentlichkeit und Unternehmer nicht günstig wirkt, versteht sich am Rande. Käuft eine derartige Lohnbewegung gut ab und die Kollegen haben ein paar Pfennige Lohnserhöhung, vielleicht auch noch die Arbeitszeitverkürzung von 11 auf 10 Stunden, was auch im Berichtsjahre an einem Ort vorgekommen ist, erreicht, dann glauben sie, sie haben den Verband nicht mehr nötig und könnten das Geld sparen. Wird die Lohnbewegung von vornherein zu Wasser, dann behält man die Kollegen erst recht nicht zusammen. Diese Schwierigkeiten haben wir in den verschiedensten Gegenden im Bezirk zu verzeichnen. Wir möchten nur einmal kurz auf die Altmark hinweisen, wo wir schon zum vierten Male mit der Organisation eingetreten haben. Ueber 200 Mitglieder gehörten uns, doch fehlte allen das richtige Verständnis, das man für den Organisationsgedanken haben muß. Wir wollen hoffen, daß auch diese Kollegen bald zur vollen Ueberzeugung kommen werden; die höchste Zeit wäre es.

Der Bezirksleiter nahm an 76 Verwaltungs- und Zahlstellenversammlungen teil, ferner an 33 Vorstandssitzungen und 24 Kassentreffungen. In konfessionellen und anderen Vereinen wurden 52 Vorträge gehalten. Seit Oktober wurde der Bezirk im Nebenannte verwaltet, die Haupttätigkeit liegt in der Zentralkassensarbeit. Zum Schluß möchte ich aller Mitarbeiter freundschaftlich gedenken. Allen Kollegen, die mitgeholfen haben — es sind dies leider nur sehr wenige — mögen von dieser Stelle aus meinen herzlichsten Dank in Empfang nehmen.

Wir sehen jetzt, wo denn Kollegen diese Zeiten zu Gesicht kommen, bereits wieder am Ende unserer Frühjahrskampagne, der Sommer steht vor der Tür. Die große Lohnbewegung liegt hinter uns. Sie hat uns einen sehr schönen Erfolg gebracht, der uns, in Anbetracht der derzeitigen Verhältnisse am Baumarkt, aus Eigenem nicht geworden wäre. Das alles muß uns Veranlassung sein, in den kommenden Sommermonaten, in denen hier und da auch die Bautätigkeit eine kleine Besserung erfahren dürfte, in der Agitation noch einmal alle Kräfte anzuspannen, um in diesem Jahre die Organisation auch in unserem Bezirk um einen hörbaren Aufschwung zu bringen. Es wird gehen, wenn wir nur wollen. Und befeelt uns nicht alle dieser Wille? Wohl. Nur muß er in die Tat umgesetzt werden. Dazu gilt's!

Berlin. Emil Hilbrandt, Bezirksleiter.

Jahresbericht des Bezirks Kattowiß.

Das abgelaufene Jahr hat die Erwartungen, die wir im letzten Jahresbericht äußerten, nicht erfüllt. Die Konjunktur war bis tief in den Sommer hinein in den meisten Gebieten ungünstig. Im Oktober 1911 kehrte sich die Beschäftigung in der schweren Industrie, und als dann gar in England der Bergarbeiterstreik ausbrach, arbeitete der Bergbau mit Hochdruck. Angesichts dieser Tatsache glaubten wir, müsse auch im Baugewerbe eine rege Beschäftigung eintreten.

Worauf ist es nun zurückzuführen, daß in der schweren Industrie eine gute Konjunktur zu verzeichnen ist, im Baugewerbe hingegen das Geschäft flau daneberliegt? Dafür gibt es manche Gründe.

Die Wellenbewegung der Konjunktur war auch im Jahre 1907 im Baugewerbe eine andere als in der Industrie. Bedarf an Wohnungen war auch im letzten Jahre in Oberböhmen vorhanden, es fehlte aber an flüssigen Kapital. Es ist eine Erscheinung, die in den letzten Jahrzehnten häufig gemacht werden konnte, daß die Geldknappheit die aufsteigende Konjunktur zum Stillstand bringt. Die Geldgeber legen ihr Geld dort an, wo sie die höchsten Zinsen erwarten. Bei gutem Geschäftsgang rechnet man in der Industrie auf hohe Dividenden, und da der Expansionsdrang der Industrie dann in der Regel großen Bedarf an Geld zur Folge hat, so fließt auch das Geld hier hin. Erst wenn einige Zusammenbrüche die hochgespannten Erwartungen zunichte machen, wenn die Dividenden sinkt, dann wird auch das Kapital in Hypotheken, Staatspapieren usw. angelegt. Nun schafft in den Industriegebieten die Industrie doch auch einen schwachen Ausgleich. Bei gutem Geschäftsgang werden neue Anlagen, Wohnungen für Arbeiter und Beamte und dergleichen errichtet. Im letzten Jahre arbeitete denn auch eine ganze Anzahl Bauarbeiter an

den Varianten der industriellen Werte. Da die Selbstnappheit anhält, ist auch in diesem Jahre mit einer günstigen Bautätigkeit nicht zu rechnen.

Bei der Beurteilung des Arbeitsmarktes kommt noch ein Umstand in Betracht, der wichtig ist. In den ländlichen Gebieten Oberschlesiens gibt es sehr viele Bauarbeiter. Als der Lohn noch auf 28 und 30 Pf. stand, da wurde gar nicht erst der Versuch gemacht, im Industriegebiet Oberschlesiens um Arbeit anzufragen, viele reisten sofort ab. Bei den gestiegenen Löhnen hat sich das geändert. Besteht die Gefahr, daß pro Tag 5 A verdient werden können, dann bleibt mancher gern zu Hause. Er kann dann wenigstens am Ende der Woche zur Familie fahren. Ich glaube daher, daß auch in den nächsten Jahren bei guter Konjunktur in Oberschlesien in den Frühjahrsmonaten ein starkes Angebot von Arbeitskräften zu verzeichnen sein wird. Langsam nur wird dann wieder das richtige Verhältnis eintreten, denn wer keine Arbeit bekommt, wird schließlich abreisen.

Lohnbewegungen waren im Berichtsjahre nur insoweit zu verzeichnen, als Bauplätze notwendig waren, um den Tarif durchzuführen. Im Industriegebiet ist es in den letzten Jahren auf den großen Werken immer wieder versucht worden, den Stundenlohn herabzudrücken. Am schlimmsten sind diese Mißstände in Königsbrunn bei den Unternehmern Hirt und Drappa. Bei beiden wurde denn auch zwecks Durchführung des Tarifvertrags gestreikt. Drappa unterschrieb eine Erklärung, zahlte nachher aber doch nicht. Bei Hirt war es wegen der schlechten Konjunktur nicht möglich, die Streikbrecher so lange fernzuhalten, bis der Unternehmer zur Unterschrift hätte gezwungen werden können. Hier kann auch erst Ordnung geschaffen werden, wenn die Kollegen selbst auf straffe Organisation drängen.

In Oberglogau wurde eine Sperre verhängt, weil die dortigen Arbeitgeber den im Kreise Neustadt geltenden Tarifvertrag nicht anerkennen und auch den tarifmäßigen Lohn nicht zahlen wollten. Es gelang nicht, die Anerkennung des Tarifvertrags zu erzwingen, wohl wurde nachher der Tariflohn gezahlt. In allen übrigen Lohngebieten lief der Tarifvertrag bis zum 1. April 1913. Wie die Löhne in den einzelnen Lohngebieten gestiegen sind, zeigt am besten nachstehende Uebersicht:

Lohngebiet	Stundenlohn	im Jahre
Oberschlesien	28—32 Pfg.	1905
	49	1912
	53	1915
Keiße	26—28	1906
	43	1912
	47	1915
Neustadt	22	1907
	35	1912
	39	1915
Doppeln	26	1906
	39	1912
	44	1915

In unserem Bezirk hat die Kollegenschaft deutlich vor Augen, was der Zusammenschluß der Arbeiterschaft in einer gewerkschaftlichen Organisation vermag. Es wird ja wohl von vielen niemals zugegeben werden, was die Gewerkschaftsbewegung für die Arbeiterschaft geleistet hat. Wir sind gewiß weit davon entfernt, die Leistungen der deutschen Sozialversicherung zu verkennen, betrachten sie vielmehr als ein großes Werk. Das steht aber doch außer Zweifel: Zur materiellen und kulturellen Hebung der Arbeiterschaft hat die Gewerkschaftsbewegung doch noch weit mehr geleistet. Man könnte ja nun einfach behaupten, dieser Aufstieg sei auf Kosten anderer Bevölkerungskreise erfolgt. Wir glauben das nicht. Wenn dem aber so wäre, dann wäre das auch noch kein Unglück, im Gegenteil. An vielen Kennern, die sich von der arbeitenden Bevölkerung ernähren lassen, hat das heutige Volk kein Interesse, sondern unsere bisherige Stärke lag in der physischen und geistigen Arbeitsleistung. Durch bessere Löhne wurde der Arbeiterschaft erst die Grundlage für angestrebte Arbeitsleistung geschaffen. Ohne hier auf diese Fragen weiter einzugehen, lehnen wir es ab, daß die Arbeiterschaft die Aufgabe habe, recht viele Millionäre schaffen zu helfen.

Kämpfe mit unseren Gegnern haben wir im Laufe der Jahre reichlich zu verzeichnen gehabt. Mit dem sozialdemokratischen Bauarbeiterverband haben die Auseinandersetzungen maßvollere Formen angenommen. Dafür gab es aber im vorigen Jahre einen Kampf mit dem sozialdemokratischen Zimmererverband, bei dem es um das Ganze ging. Die sozialdemokratisch organisierten Zimmerer leiden seit Jahren an Größenwahn. Diese Ueberhebung kam auch in Oppeln an der Zementfabrik, die von der Firma Huber ausgeführt wurde, zum Ausdruck. Die „deutschen“ Zimmerer stellten die Arbeit ein, ohne die übrigen Verbände zu fragen. Sie verlangten nachher von den dort beschäftigten Maurern, sie sollten sich solidarisch erklären. Als wir nun verlangten, daß der rote Zimmererverband dann ganz selbstständig auch so lange den Kampf führen müsse, bis die Maurer eine Lohn-erhöhung bekämen, wurde dieses abgelehnt. Die Genossen lehnten sogar eine gemeinschaftliche Unterhandlung mit den Unternehmern ab. Die Tür sich weisen lassen? Nein, das mußte solchen hochmütigen Drabanten ausgetrieben werden. Wir haben den Kampf gegen die Genossen aufgenommen und auch mit der unentbehrlichen Rücksichtslosigkeit geführt. Sicher war das die Probe auf das Exempel; wenn es in Oppeln gelang, die christlich organisierte Bauarbeiterchaft auszuschalten, dann würden sich solche Fälle wiederholen. Wir sorgten dafür, daß unsere Maurer eine Vorkamerhöhung von 5 Pf. bekamen und machten mit der Firma Huber Frieden. Nun galt es, den Genossen zu zeigen, daß wir in Oberschlesien etwas bedeuten. Der Streik wäre schon in der ersten Woche zusammengebrochen, wenn nicht die zugerufenen Zimmerer mit allen Mitteln bearbeitet worden wären. Nach zwei Wochen hatte sich der rote Zimmererverband eine Niederlage geholt, die ihm sicher für die Zukunft eine Lehre sein wird. Wir führen nicht gern einen Kampf gegen

Berufskollegen, auch dann nicht, wenn ihre Anschauungen von unseren wesentlich abweichen. Andererseits sind wir aber auch nicht gewillt, uns als Organisation zweiter Klasse behandeln zu lassen. Wir haben im Regierungsbezirk Oppeln alle Kräfte aufgebieten für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Baugewerbe, haben mit die Erfolge erarbeitet und lassen es uns deshalb nicht gefallen, daß von Größenwahn befallene Menschen uns die Tür weisen. Wie die Auseinandersetzung von unseren Kollegen beurteilt wurde, geht daraus hervor, daß die Mitgliederzahl weiter gestiegen ist.

Die katholischen Fachabteilungen haben nur noch in einigen Orten Mitglieder. Von einem Einfluß dieser Bewegung ist nichts zu merken, wenn man von dem in der Deffentlichkeit gemachten Spektakel abstieht. Unser Kampf mit den Fachabteilungen ist entschieden, und daher betrachten wir es auch nicht als unsere Aufgabe, einem ohnmächtigen Gegner noch zu Agitationsstoff zu verhilfen. „Stz Berlin“ muß in seinem eigenen Fett schmoren. Je mehr er seine Ideen verwirklichen muß, desto schlimmer wird die Verwirrung. Mit hohlen Schlagworten kann man keine Massen zusammenhalten. Eine Organisation, die die von anderen Verbänden errungenen Erfolge für sich beanspruchen muß, kann bei den Arbeitern kein Ansehen und erst recht keinen Einfluß gewinnen.

Wie bereits einleitend gesagt wurde, ist im Berichtsjahr keine gute Bautätigkeit vorhanden gewesen. Darunter leidet natürlich auch die Agitation. Freilich sind keine Mitgliederverluste eingetreten, es ist noch eine Zunahme zu verzeichnen. Im übrigen dürfte es von Interesse sein, die Mitgliederzahl und die Einnahme von 1906 und 1912 zu vergleichen:

Jahr	Mitglieder	Jahreseinnahme
1906 am 1. 7.	529, am 31. 12. 683,	5 659,65 M.
1912 am 31. 12.	2 543,	45 786,68 „

Diese Zahlen sprechen für sich. Stellt man insbesondere die großen Schwierigkeiten in Rechnung, mit denen hier jede Gewerkschaftsbewegung kämpfen muß, dann können wir diese Entwicklung als einen bedeutsamen Erfolg ansehen. Die Gewerkschaftsbewegung im ober-schlesischen Baugewerbe ist in erster Linie ein Organisationsproblem. Zentralisation und Dezentralisation richtig zu verbinden, darauf kommt es an. Seit 1906 wurde von uns an dieser Aufgabe gearbeitet, seit jener Zeit sind Maßnahmen zur Zentralisation und Dezentralisation getroffen. Heute wäre es auch zu spät. Der organisatorische Aufbau ist grundsätzlich richtig, es muß nur an dem Ausbau und der inneren Festigkeit der Organisation gearbeitet werden. Bis jetzt war noch alles in der Entwicklung begriffen, wir sind nun aber bald zu einem vorläufigen Abschluß gekommen. Die Hoffnung besteht, daß dann noch in den nächsten Jahren eine ansehnliche Mitgliederzahl geholt werden kann.

Da wir im Bezirk fast ausschließlich mit Arbeitervereinen „Berliner“ Richtung zu rechnen haben, ist es schwer, mit den vorhandenen Kräften Unterrichtskurse einzurichten. Wir haben deshalb in den letzten Jahren versucht, in ländlichen Kreisen Unterrichtskurse von zwei und drei Tagen abzuhalten. Diese Einrichtung erscheint zweckmäßig, wichtig ist aber, die Teilnehmer zu sondieren. Auch in der kommenden Zeit glauben wir es mit solchen Unterrichtskursen versuchen zu sollen.

Angeichts der errungenen Erfolge blicken wir auch vertrauensvoll in die Zukunft. Damit soll nicht gesagt sein, daß in Zukunft nicht mehr alle Kräfte bis zum äußersten angepannt werden müßten. Die Gewerkschaftsbewegung hat eine dauernde Arbeit zur Voraussetzung. Stillstand ist schon Rückschritt. Und das macht die Gewerkschaftsbewegung zu einem schwierigen Problem, daß um die Mitglieder ein steter Kampf geführt werden muß. Es gilt, für diesen steten Kampf nichts zu scheuen, alle Kräfte müssen zusammen wirken, dann werden wir auch in der nächsten Zeit weitere Erfolge erringen.

Franz Ehrhardt, Kattowitz, Deatstr. 2.

Aus dem Baugewerbe.

(Unter dieser Rubrik finden Baumfälle, Submissionsergebnisse, technische Neuerungen im Baugewerbe und dergl. Aufnahme. Berichte über Baumfälle sind so schnell wie möglich einzufenden.)

Detmold. (Baunfall.) Am Dienstag, den 10. Juni, stürzten beim Neubau des Warenhauses Sunder zwei Maurer, welche dort Eisenbeton ausführen, infolge Umschlagens eines Betonkastens, in welchem sich die beiden Maurer befanden, in die Tiefe. Am schwersten verletzt wurde unser Kollege Bergbahn, da ihm sein nachstehender Kollege mit dem Stichel ins Gesicht fiel. Sofort wurde die Freiwillige Sanitätskolonne alarmiert, welche den Schwerverletzten, nachdem ihm von dem schnell herbeigekommenen Arzt Dr. Wolke Gips zuteil geworden war, in seine Wohnung transportierte.

Düsseldorf. (Unfall.) Am Sonntagabend, den 14. Juni, fiel auf der Baustelle der Firma Schumann, Behrenstraße, einem Hilfsarbeiter ein leerer Mörtelkasten auf den Kopf; beim Transport des Aufzugs hatte sich der Kasten losgelöst. Nachdem der Arzt den ersten Verband angelegt hatte, konnte sich der Verunglückte nach seiner Wohnung begeben.

Salsburg. Ein schwerer Unfall ereignete sich am 17. d. M. auf der Steinfabrik Dygen. Der Unternehmer Projahn führt dort einen neuen Fabrik-Bau aus. Beim Herablassen des Steintransportbühls löste sich derselbe aus seinem Gehänge, das jedenfalls ungesichert war, und fiel dem Volier, Kollegen Hermann Wolke, so unglücklich auf den Hinterkopf und Rücken, daß der Tod in wenigen Minuten eintrat. Wolke war mit dem Fällen eines Steintransportbühls beschäftigt. Jedenfalls muß es als unverantwortlich bezeichnet werden, daß unter dem Aufzug, der nicht gesichert war, gearbeitet wurde.

Gradenstwid. Am 27. Mai verunglückte bei der Firma Tillmann aus Neudlinghausen, welche zurzeit Kolonienbauten hier ausführt, unser Kollege Martin Gobe. Er war vom Bauführer damit beauftragt worden, für

Diele Döbele
 stelle man her aus Strapazoid D.R.P. Leicht, sauber, geschmeidig. Prospekt Nr. 512 u. Muster postfrei u. umsonst.
 A. W. Andernach, Beuel am Rhein.

eine gleiche Verteilung des Materials an die Foliere, welches mittels Kleinbahn zur Baustelle geschafft wird, Sorge zu tragen. Abends gegen 6 1/2 Uhr kam S. mit dem rechten Fuße zwischen den Ruffen der Maschine und die Kuppelung der daran befindlichen Anhängewagen, wodurch er eine starke Quetschung des Fußballens und Gelenkes erlitt. Dem leitenden Bauführer wurde sofort Mitteilung gemacht. Wie man nun von einem vernunftbegabten Menschen ohne weiteres erwartet hätte, daß der Verunglückte sofort in eine Baubude gebracht, auf dem schnellsten Wege ein Arzt gerufen, der dann das weitere veranlaßt hätte, geschah die Sache ganz anders. Dieser Herr beschaute sich die Sache 5 Minuten und entfernte sich dann von der Baustelle. Einem 15jährigen Lehrling gab er den Auftrag, sämtliche Werkzeuge am Telefon von Neudlinghausen anzurufen, obgleich der Junge keine Ahnung vom Telefon hatte. So mußte unser Kollege zwischen den aufgeschapelten Fußbodenreihen liegen bleiben, bis zufällig vorbeikommende Kollegen sich seiner annahmen. Einem Arzt aus dem nahen Datteln holten, welcher gegen 9 1/2 Uhr eintraf. Neben war eine Zeit von drei Stunden verfloßen, ehe dem Verunglückten Hilfe gebracht wurde. Hätte der Kollege eine Schlagaderverletzung davongetragen, so hätte er sich inzwischen verbluten können. Zum Rufen müßten die Leibeswächter der aufwesenden Kollegen gewonnen werden. Wo bleibt Warte und Verbandmaterial? Oder darf dieses Wenige, welches da ist, nicht genommen werden, weil vielleicht einmal die Baukontrolle kommen könnte und es wäre nichts da. Die Bauordnungsverordnung ist angebracht, aber eingehalten wird sie nicht. Eine Baukontrolle hat einmal stattgefunden vor acht Wochen, und zwar war am Morgen schon alles davon verständig.

Bekanntmachungen.

Kartellsekretär

für das Bezirkskartell der christl. Gewerkschaften Bochum-Gelsenkirchen gesucht.

Reflektiert wird nur auf erste Kraft, die mit allen Fragen auf dem Gebiete der sozialpolitischen Gesetzgebung betraut, wie agitatorisch längere Zeit erfolgreich in der christl. Gewerkschaftsbewegung mitgearbeitet hat.

Bewerbungen, denen ein kurzer Lebenslauf, sowie ein Aufsatze über die „Tätigkeit eines Kartellbeamten“ beigefügt sein müssen, sind unter der Bezeichnung R. B. an den Kartellsekretär Ludwig Hill, Wattencheid (Westf.), Oststr. 32 bis zum 4. Juli d. J. einzusenden.

An die christlich-nationalen Gewerbegerichtsbeisitzer, sowie an die Funktionäre und Vorstände der Kartelle und Zahlstellen.

Am 18., 19. und 20. September 1913 findet in Leipzig im Theatersaal des Kristallpalastes, Wintergartenstr. 17, die Verbandsversammlung des Verbandes deutscher Gewerbe- und Kaufmanns-Gerichte statt. Die Tagesordnung ist eine reichhaltige und interessante, sie lautet: 1. Geschäftsbericht. 2. Die Gesetzgebung über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstage. Referent: Dr. Feiner-Wandern. 3. Die Literatur über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstage. Referent: Dr. Baum-Schöneberg. 4. Die Rechtsprechung über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstage. Referent: Dr. Waldmüller-Stuttgart. 5. Grundgedanken und Möglichkeiten eines einheitlichen Arbeitsrechtes für Deutschland. Referent: Dr. Singheim-Frankfurt a. M. 6. Aufrechnung, Zurückbehaltung und Beschlagnahme des Arbeitslohnes. Referent: Dr. Giller-Frankfurt a. M. 7. Die juristisch-prozessuale Bedeutung der Schiedssprüche, der Einigungsämter und tariflichen Schiedsgerichte. Referent: v. Schulz-Berlin. 8. Die Bedeutung und Feststellung der Ortsgebräuche vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten. Referent: Fritz Mantel-Leipzig und Gronowalt-Berlin. 9. Die Vertretung vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten. Referent: Dr. Wagner-Nürnberg und Rechtsanwalt Busch-Glabbad.

Die Verbandsversammlung soll vorwiegend dem freien geistigen Austausch von Erfahrungen und zur Belehrung dienen. Auch die Beisitzer solcher Gewerbegerichte, die nicht Verbandsmitglieder sind, sind willkommen. Wir empfehlen den Gewerbegerichtsbeisitzern, die auf christlich-nationalem Boden stehen, den Besuch der Tagung. Ferner bitten wir die Gewerbegerichtsbeisitzer, an die Gemeindeverwaltungen, welche für ihre Gewerbegericht zuständige sind, heranzutreten, zwecks Uebernahme der Delegationskosten nach Leipzig. Die Gemeinden haben solche Kosten in den meisten Fällen bereitwillig übernommen. Wo dieses nicht der Fall sein sollte oder der Betrag nicht ausreicht, müßten die Gewerkschaftskartelle bzw. die Lokalkassen einspringen und ihren Gewerbegerichtsbeisitzern den Besuch ermöglichen. Wegen Beschaffung von Logis mögen sich die Kollegen an den Vorsitzenden des Leipziger christlichen Gewerkschaftskartells, Arbeitersekretär Fritz Knollmann, Leipzig, Grunowgasse 91 I., wenden. Das Generalsekretariat der christlichen Gewerkschaften möchte bei dieser Gelegenheit gerne die christlich-nationalen Gewerbegerichtsbeisitzer zu einer Konferenz vereinigen, um mit ihnen

mehr noch als bisher in Führung zu kommen, und um ihnen gleichzeitig von einem Fachmann einen aktuellen Vortrag halten zu lassen. Die vor dem Verbandstag stattfindende Konferenz aller christlich-nationalen Zeitschriften findet am 17. September, nachmittags 2 1/2 Uhr, Mitt. Tagesordnung und Lokal wird den Kollegen noch bekannt gegeben. Sie bitten nun unsere Gewerbegerichtsbeisitzer, die teilnehmen wollen, sich baldmöglichst unter Angabe ihrer genauen Adresse am Generalsekretariat zu melden, damit ihnen alles Nähere mitgeteilt werden kann. Ebenso werden die Funktionäre, Kartell- und Zahlstellenvorstände gebeten, ihre Gewerbegerichtsbeisitzer auf die Tagung aufmerksam zu machen und ihre Anmeldung an das Generalsekretariat zu veranlassen.

Generalsekretariat der christlichen Gewerkschaften
 Köln, Venloerwall 9II.

Verwaltungsstelle Oberhausen.

In der Woche vom 6. bis 12. Juli findet in allen Zahlstellen unserer Verwaltungsstelle eine Kontrolle der Mitgliedsbücher statt. Die Bücher und Karten werden durch die Hauskassierer am 6. Juli eingegeben und am 13. Juli wieder zurückgegeben.

Sie ersuchen die Kollegen, dafür zu sorgen, daß der Hauskassierer die Bücher in Empfang nehmen kann. Besonders auch Sorge jeder dafür, daß die Bücher in Ordnung sind.

Der Verwaltungsstellenvorstand.
 J. A.: A. Jestaft.

Sterbetafel.

Am 3. Juni starb unser treues Mitglied **Heinrich Jungbluth** im Alter von 56 Jahren infolge eines Gehirnschlages. Zahlstelle **Cöln** (Maurer).

Nach dreitägigem schweren Leiden starb im Krankenhaus zu Datteln unser treuer Verbandskollege und Schriftführer **Franz Kröger** nach einer schweren Operation am 20. Juni 1913.

Die Mitglieder der Zahlstelle Datteln werden dem Kollegen ein treues Andenken bewahren.

Am 17. Juni starb unser Kollege **Hermann Kotte**, Kammbauer, infolge eines Unfalles im Alter von 36 Jahren. Zahlstelle **Duisburg** (Maurer).

Ehre ihrem Andenken!

Verwaltungsstelle Gelsenkirchen.

In unserer letzten Verwaltungsstellen-Delegierten-Versammlung wurde beschlossen, in der Woche vom 28. Juni bis zum 5. Juli eine Bücherkontrolle vorzunehmen. Es wird hiermit noch einmal dringend ersucht, daß dieser Beschluß seitens der Zahlstellen strikte durchgeführt wird. Wir bitten ferner alle Mitglieder, den Hauskassierern beim Einziehen der Bücher keine Schwierigkeiten zu bereiten, sondern gern und freudig ihre Bücher abzugeben. Ferner erwarten wir, daß alle Kollegen ihre Verpflichtungen erfüllt haben.

Der Vorstand der Verwaltungsstelle Gelsenkirchen.
 J. A.: Peter Gröbchen, Vorsitzender.

Briefkasten.

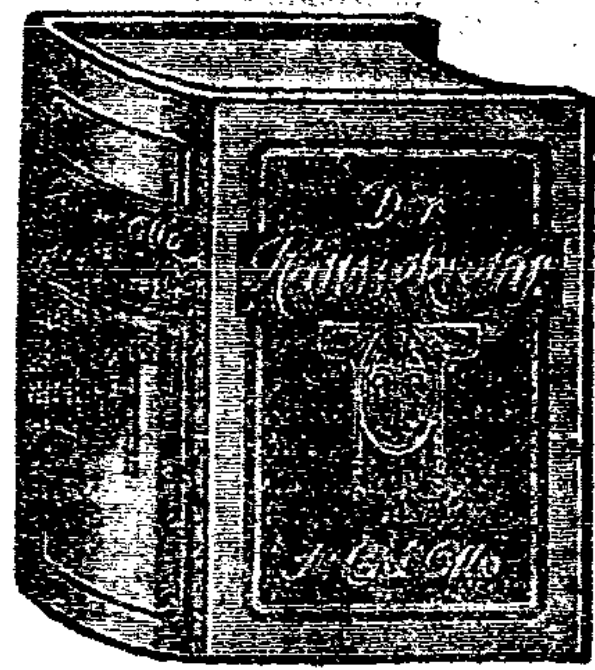
Nach **Höbelsalza**. Wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossene Mitglieder veröffentlichen wir in der „Baugewerkschaft“ nicht.

Der Haussekretär ist das neue vollständige Hilfs-, Formular- und Nachschlagebuch mit über 1000 Mustern zum praktischen Gebrauch und zur formvollendeten Ausfertigung von sämtlichen vorkommenden Schriftstücken, mit einem Wörterbuch der neuen deutschen Rechtschreibung und einem Verzeichnis der gebräuchlichsten Fremdwörter, von Dr. Karl Otto. Der Haussekretär ist ein Handbuch, das aus der Praxis hervorgegangen ist und alles, was irgendwie an schriftlichen Arbeiten in der Familie, im Freundeskreis und gesellschaftlichen Leben, im Vereinswesen, im Verkehr mit den Behörden, dem Gericht usw. vorkommt, von tüchtigen Fachleuten bearbeitet in musterhafter Darstellung und in vielen Hunderten von Beispielen enthält. Dabei sind alle Musterbeispiele dem praktischen Leben entnommen und nicht in der weltfremden Schreibstube der Gelehrten entworfen worden. Das Werk enthält tatsächlich, was sein Titel verspricht. Wir können das Buch allen unseren Lesern nur bestens empfehlen, um so mehr, als der Preis des Wertes äußerst niedrig ist. Es ist hochlegant gebunden, hat Lexikonformat und kostet nur 3 M durch Willibald Wendes Verlag, Berlin W. 35, Lützowstr. 31.

Unentbehrlich und außergewöhnlich preiswert für unsere Leser!
Der Haussekretär

Neues Universal-Handbuch für den geschäftlichen Verkehr mit über 1000 Mustern zum praktischen Gebrauch und zur formvollendeten Ausfertigung von Briefen in allen nur denkbaren Familienangelegenheiten, im Freundschafts-, gesellschaftlichen und Liebesleben, von Glückwünschen, Einladungen, Eingaben an Fürsten, an Regierungen-, Polizei-, Schul-, Gewerbe-, Steuer- und Kommunalbehörden, Klagen und Schriftsätzen in Kriminal-, Speyer-, Privat-, Konkurs- und allen anderen Rechtsachen, von Testamenten, Kontrakten, Leih-, Kauf- und Verkaufsverträgen, von Schrittsätzen in Militär-, Berufs-, Gewerbe- und Geldsachen, von Vorlagen zu Geschäftsbriefen aller Art, nebst angelegter Anleitung zum Rechnen mit ganzen, Bruch- und Dezimal-Zahlen, einem ausführlichen Register zu Zins-, Wechsel- und Scheckwesen, vielen Mustern zu Karten, Kartebriefen, Postkarten, Telegrammen, Inseraten, zu Schriftstücken in Vereinsangelegenheiten, ferner einer besonderen Erläuterung des neuen Verfahrens vor dem Amtsgericht sowie einem Wörterbuch der gebräuchlichsten Fremdwörter. Gesammelt und herausgegeben unter Mitwirkung namhafter Schriftsteller, Juristen, Handelslehrer und Gewerbetreibender von Dr. Carl Otto. Das umfangreiche Werk enthält, was sein Titel verspricht; wer es besitzt, erspart den privaten Sekretär.

ca. 700 Seiten
 Ganzleinen
 Prachtband
 Lexikon-Format.
 Das Werk wird zu dem äußerst billigen Preise von nur **3 Mark** an unsere Leser abgegeben.



Der Bestellschein ist einzusenden an **Willibald Wende's Verlag**, Berlin W. 35, Lützowstr. 31.

Wichtig für Bauhandwerker!

Das Berechnen der Kreisbogenradien, sowie Ellipsenbogen mit der Schnur und mit dem Zirkel zu ziehen. Korbbogenkonstruktionen etc. Preis 1.50 M. Zu beziehen v. **B. Lächterfeld, Borchhorst 1. Waff.**

Jeder Herr,

welcher schon sich kleiden will, verlange Prachtkatalog Nr. 30 gratis u. franko über wenig getragene Kavaliergarderobe v. besten Publikum stammand. **Kein Risiko**, da f. Nichtkonvaleszentes Geld zurückerstattet wird. **J. Kallter, München, Tal 10.**

NATIONAL für jeden Radfahrer unentbehrlich

Das National Radfahrer-Handbuch ist ein unentbehrliches Werk für jeden Radfahrer. Es enthält alle notwendigen Informationen über die Technik des Radfahrens, die Auswahl der Ausrüstung, die Pflege des Radfahrzeugs und die Regeln des Straßenverkehrs. Das Buch ist in einfacher Sprache geschrieben und enthält viele praktische Tipps und Tricks. Es ist ein unverzichtbares Werk für jeden Radfahrer, der sich auf der Straße bewegen möchte.

Eine Uhr schenken wir Ihnen, wenn Sie unsere 100 Ansichtspostkarten verkaufen. Die Uhr ist prachtvoll graviert, hat ein richtig u. verlässlich gehend. Werk, für welches wir 1 Jahr Garantie leisten. Die 100 Postkarten senden wir Ihnen zum Verkauf frei und wenn Sie sie verkauft haben, senden Sie uns Mk. 6,-, worauf wir Ihnen die Uhr schicken. **J. Stern Co., jetzt Berlin W 30, Münchener Straße 49, Abt. 5.**

Ingenieur-Akademie Wismar a. d. Ostsee für Maschinen- u. Elektro-Ing., Bau-Ing. und Architekten.

Wichtig für Baugewerkschaft! Die Baugewerkschaft ist ein unverzichtbares Werk für jeden Baugewerkschafter. Es enthält alle notwendigen Informationen über die Technik des Bauwesens, die Auswahl der Ausrüstung, die Pflege des Bauwerkzeugs und die Regeln des Straßenverkehrs. Das Buch ist in einfacher Sprache geschrieben und enthält viele praktische Tipps und Tricks. Es ist ein unverzichtbares Werk für jeden Baugewerkschafter, der sich auf der Baustelle bewegen möchte.

Paul Matschull, Baugeschäft, Kanielerd a. Ostbahn, Zanderstr. 21. Spezialität: **Landhausbau**. Schnellste Ausführung, Kostenschnell, Sauberste Ausführung, beste Holzverarbeitungen. **Keine Kosten für den Bauherrn - keine Verzögerungen!**

Tüchtige Stukkateure für Innenarbeit gesucht. **C. Bannmann, Bremen, Meyerstr. 57.**

Wunderschöne Uhren in Taschenuhr wenn Sie für uns 100 Ansichtskarten verkaufen. Die Uhr ist prachtvoll graviert, hat richtig und verlässlich gehend. Werk, für welches wir ein Jahr Garantie leisten. Die 100 Postkarten senden wir Ihnen z. Kaufe franko und wenn Sie solche verkauft haben, senden Sie uns 6 M., worauf wir Ihnen die Uhr schicken. Viele Anerkennungsschreiben. **Vogt & Co., Heidelberg A 39.**

Julius Minner. Spezialität: **Gamaschenfabrikation**. Für Sport, Spiel, Straße und Arbeit. In prima Stoffen, für nur. Bei Lieferung an ganze Vereine Extra-Vergünstigung. **Größtes Lager von Handesport-Artikeln.** Erstklassige Fabrikate. - Einzelverkauf zu Fabrikpreisen. **Berlin S. 14, Annenstr. 44.** - Na verlässige kostengünstige Vertreterbesuch.

Wunderschöne Taschenuhren wenn Sie für uns 100 Ansichtskarten verkaufen. Die Uhr ist prachtvoll graviert, hat richtig und verlässlich gehend. Werk, für welches wir ein Jahr Garantie leisten. Die 100 Postkarten senden wir Ihnen z. Kaufe franko und wenn Sie solche verkauft haben, senden Sie uns 6 M., worauf wir Ihnen die Uhr schicken. Viele Anerkennungsschreiben. **Vogt & Co., Heidelberg A 39.**

Verfammlungs- und Verkehrslokale der Verwaltungs- resp. Zahlstellen.

Altenhofen: Heinrich Dimes, Hauptstr. 49, Besprechung der H. St. und G.

Berlin: Heinrich Dimes, Hauptstr. 49, Besprechung der H. St. und G.

Bielefeld: Heinrich Dimes, Hauptstr. 49, Besprechung der H. St. und G.

Düsseldorf: Heinrich Dimes, Hauptstr. 49, Besprechung der H. St. und G.

Essen: Heinrich Dimes, Hauptstr. 49, Besprechung der H. St. und G.

Köln: Heinrich Dimes, Hauptstr. 49, Besprechung der H. St. und G.

Münster: Heinrich Dimes, Hauptstr. 49, Besprechung der H. St. und G.

Regensburg: Heinrich Dimes, Hauptstr. 49, Besprechung der H. St. und G.

Wuppertal: Heinrich Dimes, Hauptstr. 49, Besprechung der H. St. und G.

Reichsversicherungsordnung mit Erläuterung und in Form von Fragen, Antworten u. Entscheidungen. Der vollständige Text und das höchst praktische alphabetische Sachregister sind verlegt von **Volksbureauvorsitzer Heinrich Dieck** 7 (26) Ch. M. 2.-

Volksvereins-Verlag GmbH, H. Gindrich.